

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 15. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 294

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochenblatt 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,38 RM. + 8 Pf. Botenlohn = 2,20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Zeile in der ersten Spalte oder deren Raum 12 Pf., Wiederholungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnbaltige Zeile in der ersten Spalte oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Tebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Tebnitzer Straße 50 (Güterhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsanstalt:** Breslau. — **Verlag:** Schlesiensche Verlagsanstalt m. B. & Co. Breslau 10, Tebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Japanische Drohungen gegen Sowjetunion / Siehe im Innern des Blattes

Im Reichshaushaltsauschuß entlarven sich die Volksfeinde!

Nazis, Zentrum und Sozialdemokraten sind bestrebt, wichtige Teile der Papen-Notverordnung zu erhalten KPD. fordert Einberufung des Reichstags zum 19. Dezember

Berlin, 14. Dezember. Die Beratungen des Reichshaushaltsauschusses über die gegen die Notverordnung vom 4. September gerichteten Anträge erbrachten den Beweis, daß nicht allein die Nationalsozialisten und das Zentrum bestrebt sind, der Regierung schlechter wichtige Teile der Notverordnung Papen zu erhalten, sondern daß auch die SPD. sich mit in dieser Front befindet. — Zu Beginn der Beratungen verhielten sich sowohl die Nationalsozialisten als auch die Sozialdemokraten zunächst auf die Begründung ihrer Anträge. Erst durch einen scharf geführten Vortrag der kommunistischen Fraktion, deren Redner sich auf das schärfste gegen die Notverordnung aussprach und darauf hinwies, in welcher korrupten Weise das Unternehmertum diese Notverordnung zu seinem Vorteil ausnutzte (Einstellungsprämien usw.), bequamen sich die übrigen Parteien zu einer Stellungnahme.

Die SPD. und Nationalsozialisten beschäftigten sich daraufhin in längeren Reden mit dem System der Steuergutscheine; besser: Vorforderung sie verlangten. Die Regierung ließ erklären, daß sie nach wie vor an diesem Entwurf festhalte, daß viele Unternehmungen die Vergünstigungen aus dieser Notverordnung in ihre Aufträge einrechnet hätten. Die Nationalsozialisten verhielten sich ähnlich wie in der Sitzung vom 13. Dezember, in der sie Ersparnisvorschläge für die aufgehobenen Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni machten; sie verlangten, daß an Stelle der Steuergutscheine sogenannte Arbeitswechsel ausgegeben werden sollten. Sie wollten damit der Regierung Wege weisen, auf denen trotz evtl. Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in deren Sinne weitergegangen werden könne.

Die Beratungen verliefen ergebnislos, weil die Regierung das Verlangen des Ausschusses nach Teilnahme der zuständigen Minister an den Verhandlungen dahingehend beantwortet hatte, daß die Regierung wohl bereit sei, an den Ausschussberatungen teilzunehmen, jedoch hierzu in den ersten Tagen keine Zeit habe. Die Sozialdemokraten schlugen daraufhin dem Ausschuss vor, die Beratungen zu vertagen und zunächst die Sitzung dann durchzuführen, wenn die Regierung sich zur Teilnahme bereit erklärt. Diesem Vorschlag schloß sich zuerst das Zentrum an. Die kommunistische Fraktion verlangte dagegen, daß die Beratungen noch in den nächsten Tagen zu Ende geführt werden sollten. Für den Fall, daß die Regierung selbst am Anfang der nächsten Woche keine Zeit zur Teilnahme an den Be-

ratungen des Ausschusses finden sollte, verlangten die Kommunisten trotzdem eine endgültige Stellungnahme des Ausschusses bis zu dieser Zeit.

Der Antrag der Kommunisten wurde dann gegen deren Stimmen abgelehnt und entsprechend dem Antrag der Sozialdemokraten verfahren und somit der Anschlag auf unbestimmte Zeit vertagt.

Außer den oben erwähnten Anträgen stand noch ein Antrag der Sozialdemokraten zur Beratung, in dem die Vereinstellung von 25 000 Mark für die Opfer der Explosionsunfälle im F.W.-Farbwerk Bremmisch gefordert wurde. Die Sozialdemokraten gaben in der Begründung ihres Antrages zu, daß die Ursache der Explosion eine andere sein muß, als dies ihr Redner Hsa. Ebert im Plenum des Reichstags dargestellt hat. Auch die Ausführungen der übrigen Redner zeigten, daß das Märchen von der explodierten Sauerstoffflasche ein Erbe gefunden hat.

Der Redner der kommunistischen Fraktion verwies zunächst auf den vom Plenum des Reichstags angenommenen kommunistischen Antrag, nachdem die F.W.-Farben-Industrie zur Zahlung einer Rente an die Hinterbliebenen und Invaliden in Höhe von 200 Mark monatlich zusätzlich 50 Mark für jeden weiteren Unterhaltberechtigten verpflichtet wurde. Ferner verpflichtete der vom Reichstag angenommene Antrag die Farbwerke zur Übernahme der Verbindlichkeiten und der Behandlungskosten für die Verletzten. Der Redner der kommunistischen Fraktion verlangte, daß diese Beschlüsse des Reichstags durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages keine Schwächung erfahren dürften. Nur unter dieser Voraussetzung stimme die kommunistische Fraktion dem sozialdemokratischen Antrag zu. Der sozialdemokratische Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit angenommen.

Die Sabotage der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Vereinfachung der Papen-Notverordnung kann nur durch den außerparlamentarischen Massenstreik, durch die Einheitsfrontaktion der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gebrochen werden. Sallet sofort Betriebsparlamenten ab und fordert die sofortige Vereinfachung aller Notverordnungen. Nicht durch parlamentarische Abstimmungen, sondern durch den Massenstreik wird die Notverordnung fallen.

Antrag an, der die sogenannten „Berseher“ ausschließt, weil sie Flugblätter bzw. Broschüren verteilt hatten, in denen Reichswehr und Polizeibeamte aufgeföhrt wurden, nicht auf streikende Arbeiter und auf Erwerbslose zu schießen, die im Kampf um mehr Lohn und Brot stehen. Sie sind jetzt tatsächlich von der Armeeliste ausgeschlossen, sie müssen weiterhin Jahre hinter Gittern verbringen.

KPD. fordert Reichstagsinberufung zum 19. Dezember

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten geschickt, in dem sie fordert, daß der Reichstag für Montag, den 19. Dezember, einberufen wird. Die KPD.-Fraktion verlangt, daß in dieser Sitzung vor allem die Winterhilfe auf die Tagesordnung gesetzt wird sowie die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni, durch die die Unterhaltungsfrage leinzeitig gelöst wurden. Ferner fordert die KPD.-Fraktion, daß der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Schleicher-Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Holt euch den geraubten Lohn zurück!

Die Schleicher-Regierung hat sich endlich dazu bequemt, in Aussicht zu stellen, daß mit der Aufhebung des sogenannten sozialistischen Teils der Papen-Notverordnung vom 4. September auch die Lohnabbau-Notverordnung Schäfers vom 5. September und die ihr nachgefolgten Ergänzung-Notverordnungen aufgehoben werden. Aber der auf Grund dieser Verordnungen diktierte Lohnabbau soll noch während des ganzen Monats Dezember und für solche Betriebe, wo der Unternehmer eine „Gefährdung von Aufträgen“ behauptet, auch noch den ganzen Januar aufrechterhalten werden. Nun, dagegen werden die Arbeiter sich mit aller Kraft wehren müssen. Die sofortige Rückgängigmachung des wegenommenen Lohnanteils muß die Forderung aller Belegschaften sein.

Die Aufhebung der ungeheuerlichen Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September wird natürlich wieder von den SPD. und NSDAP.-Führern als ihr Erfolg hingenommen. Aber davon kann keine Rede sein. Nicht die SPD. und NSDAP.-Führer haben diese Notverordnung zu Fall gebracht, sondern die kämpfenden Arbeiter. In Hunderten von Betrieben der Reichswehr, in den Betrieben der Arbeiter in Hunderten von Betrieben den Notverordnungslohnabbau abgebaut und so andere Unternehmer von solchen Lohnabbau-diktaten zunächst abgelenkt. Wämbt etwa ein politisch denkender Arbeiter, daß die Lohnabbau-Notverordnung gefallen wäre ohne diese Hunderte von betrieblichen Streiks? Die KPD. war in diesen Kämpfen eine treue Führerin der Arbeiter. Die SPD. hat die Arbeiter mit aller Kraft unterstützt. Was die NSDAP.-Führer bei solchen Kämpfen taten, zeigt das Beispiel des Streiks der Reichswehr der Eisenbahnen des Herrn Papen in Torgau, wo die NSDAP.-Führer den Streikbruch organisierten. Mit allen Mitteln veruchten die SPD. und NSDAP.-Führer die Arbeiter vom Kampf abzuhalten; wo gegen den Willen der NSDAP.-Führer auftrat wurde, haben sie den Streikbruch organisiert. Die KPD. hatte, das sehen jetzt Millionen Arbeiter, die richtigen Lösungen, die richtige Politik.

Dadurch, daß der Lohnabbau in Hunderten von Betrieben abgelehnt wurde, entstanden für die Unternehmer unauflösbare Konkurrenzbedingungen, veränderte Differenzen, was für die Schleicher-Regierung ein weiterer Grund war, nicht auf dieser Notverordnung zu bestehen.

Aber es muß jedem Arbeiter klar sein, daß diese Art des betrieblichen Fiktions des Lohnabbaus auf Grund einer Notverordnung nur aufgegeben wird, um anderen schärferen, raffinierteren Methoden des Lohnabbaus Platz zu machen. Gestützt auf die Unterstützung der SPD. und NSDAP.-Führer, der christlichen Gewerkschaftsführer und NSDAP.-Führer wird jetzt mit dem Schlichtungsabwärt, mit freien Vereinbarungen, mit dem gegenseitigen Ausspielen einer Arbeiterkategorie gegen die andere, einer Abweilung gegen die andere gearbeitet werden. Ein Mittel wird der Lohnabbau durch Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich bei verschärfter Antreiberei, ein anderes der verschärfte Druck auf die Arbeiter, in anderen Fällen wieder durch Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitigem Abbau des Stundenlohnes (F.W.-Farben, Leberstufen) sein.

Es muß von allen Arbeitern erkannt werden, daß diese neuen Methoden, verbunden mit der Tatsache, daß die NSDAP.-Führer das Schleicher-Kabinett offener unterstützen können, als sie die Papen-Regierung unterstützen konnten, die Herstellung der Einheitsfront des Kampfes, die Organisierung und Auslösung der Kämpfe schwieriger machen. Aber diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Allen Massenangehörigen müssen die Hand der Bourgeoisie und ihrer Helfer aufgezeigt werden. Innerhalb der gewerkschaftlich organi-

Amnestie-Vorlage gefährdet!

Berfärkt den Kampf um die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!

Berlin, 15. Dezember. (Eig. Drahtber.) Gestern tagten die vereinigten Ausschüsse des Reichstags, um die Tagesordnung für die heutige Plenarsitzung des Reichstags vorzubereiten. Bei der Beratung der Amnestievorlage erhoben die Vertreter Bayerns, Württembergs, Badens sowie ein Teil der Vertreter Preußens Einspruch gegen die Amnestie. Es zeigte sich, daß vor allem die Führer des Zentrums alle Mühen sprangen lassen, um die Amnestievorlage zu sabotieren. Die Saboteure im Reichsrat verhinderten eine Beschlußfassung der Ausschüsse, so daß die Amnestievorlage heute überhaupt nicht in der Vollziehung des Reichstages beraten wird. Es ist zunächst eine weitere Vollziehung des Reichstages zum 20. Dezember angelegt. Noch hofft das Zentrum, bis dahin die nötigen Stimmen zur Ablehnung der Vorlage zusammenzubekommen.

Wenn der Reichsrat ablehnt, müßte der Reichstag noch einmal mit Zweidrittel-Mehrheit für die Amnestievorlage stimmen. In dieser Beziehung erstreben die Zentrumsführer, eine veränderte Stellungnahme der Nazis herbeizuführen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Befreiung der Ministerliste in Preußen wird

vom Zentrum diese Frage aufgerollt. Es zeigt sich, wie notwendig es ist, daß, wie die kommunistische Reichstagsfraktion es fordert, der Reichstag schon in den nächsten Tagen zusammentritt. Entscheidend dafür, ob die Amnestie durchgeführt wird, ist jedoch die Verstärkung des Kampfes der Werktätigen für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

13 von 43!

So sieht die Amnestie aus...

In welcher infamer Weise die Nazis die Amnestie verhandelt haben, zeigt die Auswirkung, die die Amnestie zum Beispiel in der Festung Groß-Strehlitz in Oberschlesien hat. 43 Festungshäftlinge befinden sich dort, amnestiert werden nur 13. Die übrigen 30, meist wegen „Bersehung“ der Polizei und Reichswehr zu sehr hohen Strafen verurteilt, sollen bei der Amnestie unberücksichtigt bleiben. Denn noch kurz vor der Abstimmung des Amnestiegesetzes, so wie es der Reichstagsauschuß verabschiedet hatte, nahmen Nazis, Zentrum und Hugenberg-Deutschnationale gemeinsam einen

Nur die KPD. kämpfte und kämpft gegen Versailles

„Die KPD., die als einzige Partei den Kampf gegen das Versailler System, gegen den Dawes- und Young-Plan der Tributsklaverei seit jeher mit unerbittlicher Entschiedenheit geführt hat, wird durch die Geschichte selbst in allen ihren Anklagen, Forderungen und Handlungen gerechtfertigt.“

Wir Kommunisten haben seit dem Abschluß des Versailler Räuberdikates immer von neuem unsere unversöhnliche Feindschaft gegen die Unterdrückung des werktätigen Deutschlands und gegen die wahnwitzigen Tributlasten proklamiert und einen entschlossenen, unermüdeten Kampf gegen die Versklavung und Ausplünderung des deutschen Volkes geführt.“

(Deklaration des ZK. der KPD., Plenum Februar 1932.)

herten Arbeiter muß die Aufklärungsbewegung und die Arbeit geübt werden. In allen Vertrieben muß man erst recht die Einheitsfrontaktion organisiert werden.

Nur wenn die Unternehmerränge, in welcher Form sie erfolgen, überall im Kampf zurückzuführen werden, wird es gelingen, auch die neuen Vorstöße zum Scheitern zu bringen. Die beste Verteidigung ist aber in dieser Situation der Angriff. Schon längst sind die Löhne unerträglich niedrig. In Tausenden von Betrieben ist es unmöglich, die Beziehungen auf Forderungen in der Richtung der Bekämpfung schon wegen ungenügender Lohnanteile zu einigen, dafür zu kämpfen. In erster Linie darf nicht gebüßelt werden, daß der auf Grund der Renten-Notverordnung diktierte Lohnsatz in weitausgehendermaßen den Unternehmern aufrechterhalten wird. Holt den weggenommenen Lohnanteil zurück! Vorwärts in der Einheitsfrontaktion!

Neue Verbote gegen die SPD.-Presse

Nach dem Verbot der gesamten kommunistischen Rhein-Ruhr-Presse hat nunmehr der Oberpräsident der Provinz Sachsen auch die Magdeburger „Tribüne“ auf fünf Tage verboten.

Auch dieses Verbot charakterisiert den Schleicher-Kurs in Deutschland.

Der „Vorwärts“ besetzt in seinem Vortragsartikel vom 14. Dezember ein Eintritten für die proletarische Presse. Sind es aber nicht die SPD-Führer, die den Schleicher-Kurs in Deutschland tolerieren, und sind es nicht die beamteten SPD-Vollzeitspräsidenten und -Oberpräsidenten, die jeden Anschlag gegen die Arbeiterklasse durchführen?

Die Arbeiter müssen in allen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften die Stimme des Proletats erheben. Werbt neue Leser für die kommunistischen Zeitungen! Verteidigt eure Presse! Organisiert die Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur.

Eisenbahner protestieren gegen Chemnitzer Todesurteil

Breslau, 10. Dezember 1932.

In das Sächsische Justizministerium Dresden.

Die heute versammelten Arbeiter der Reichsbahnbetriebswerkstätte Freiburger Bahnhof protestieren gegen das Chemnitzer Todesurteil gegen den Antifaschisten Partl und fordern die Aufhebung des Urteils und seine sofortige Freilassung.

Siegenitz, 11. Dezember 1932.

In das Sächsische Justizministerium Dresden.

Die heute stattfindende Eisenbahnerkonferenz erhebt schärfsten Protest gegen das Todesurteil gegen den Antifaschisten Partl und fordert die Aufhebung des Urteils und seine sofortige Freilassung. Eisenbahner-Opposition Schlesiens.

Nazis retten Jörgiebel

Berlin, 15. Dezember. (Fig. Drahtber.) In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages protestierte Genosse Kasper gegen die zahlreichen Polizeiaktionen gegen die kommunistische Partei. Wegen der Auflösung der Bezirksparlamentarier in Dortmund und Stettin beantragte die kommunistische Fraktion die Aufhebung des Dortmunder sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel und des Stettiner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Meier. Ferner beantragte die kommunistische Fraktion die sofortige Aufhebung des Verbots der gesamten kommunistischen Presse im Rhein- und Ruhrgebiet. Bei der Abstimmung stimmten die Nazis zusammen mit den Sozialdemokraten, sowohl gegen die Ablegung Jörgiebels und Meiers, wie gegen die Aufhebung der Presseverbote.

Die Nazis haben also Jörgiebel und Meier gerettet. Angenommen wurde im Landtag ein kommunistischer Antrag, der fordert, daß sämtliche preussischen Vertreter im Reichsrat für die Amnestievorlage stimmen müssen.

Genosse Chwallek-Oppeln stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied bei der Reichspost

Berlin, 14. Dezember. Die bisherigen, vom letzten Reichstag vorgeschlagenen Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost sind nach Auflösung des Reichstages gemäß § 3 des Reichspostgesetzes vom 18. März 1924 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Auf Vorschlag des neuen Reichstages ist u. a. der Schloßer Chwallek-Oppeln zum stellvertretenden Verwaltungsratsmitglied bei der Deutschen Reichspost durch den Reichspräsidenten ernannt worden.

Schleicher-Regierung faßt keinen Beschluß auf Winterhilfe

Berlin, 15. Dezember. (Fig. Drahtber.) Die Schleicher-Regierung hat gestern eine Kabinettsitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, das System der Steuergutscheine für die Unternehmer beizubehalten. Der Aufhebung der Lohnabsau-Notverordnung vom September wurde zugestimmt. Ueber die Frage der Winterhilfe für die Arbeitslosen wurde gesprochen, doch wurde kein Beschluß gefaßt. Es wurde der Entschluß einer neuen politischen Notverordnung beschlossen, die sowohl das ablaufende Republikjahr, wie die seit dem 14. Juni erlassene politische Notverordnung ergänzen und zusammenfassen soll.

Hitler für Koalitionsregierung Hugenberg

Berlin, 15. Dezember. (Fig. Drahtber.) Auf Wunsch Hitlers hat der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtages Fritz die deutschnationalen Abgeordneten Winterfeld und Bord zu einer Besprechung eingeladen. Hitler ließ an die Deutschnationalen die Bitte richten, doch Minister für ein preussisches Koalitionskabinet mit Nazis, Zentrum, Deutschnationalen zu stellen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Sie zeigen, daß Hitler, veranlaßt durch die Gelder der Schwerindustriellen, die Linie Straßers betreten hat und bereit ist, in Preußen eine Koalitionsregierung mit den Deutschnationalen und dem Zentrum zu bilden und sich zu beteiligen.

Berlin, 15. Dezember. (Fig. Drahtber.) In der Sitzung des Hauptauschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt gestern der Reichswirtschaftsminister Barmbold eine Rede, in der er erklärte, daß die Schleicher-Regierung das Wirtschaftsprogramm Papens weiter verfolgt, und daß insbesondere die Steuergutscheine für die Unternehmer bleiben werden.

Nazi-Brüdnner beschimpft proletarische Nazianhänger mit „Schweinehunde“

Hitler auf dem Wege zu Straßer

Breslau, 15. Dezember. Die am vergangenen Sonnabend abgehaltene Versammlung der NSDAP. Schlesiens widerspiegelte nicht nur die inneren Auseinandersetzungen in der Führung der NSDAP., sondern auch die wachsende Rebellion der betrogenen NSDAP., SA- und SS-Leute. Als erster Redner sprach der Landesinspektor Helmuth Brüdnner, der sich fast ausschließlich mit den innerparteilichen Vorgängen beschäftigte. Brüdnner führte hierzu unter anderem folgendes aus:

„Der Gau Schlesien hält in unerklärlicher Treue zu Adolf Hitler und erhebt den Augenblick, wo Gregor Straßer wieder die Möglichkeit bekommt, Adolf Hitler zur Seite zu stehen wie bisher. In Schlesien muß Adolf Hitler eine Kraft haben, auf die er sich verlassen kann.“

Diese Ausführungen von Brüdnner bekräftigen, daß die inneren Auseinandersetzungen unter der Führung der NSDAP. sich immer mehr in der Richtung einer „Ausöhnung“ zwischen Hitler und Straßer entwickeln.

Der „Völkische Beobachter“ hat in seinem Bericht über die Schlesiensitzung diesen Passus in der Rede Brüdnners unterschlagen. So gehen die Differenzen weiter, und vor allem werden weiter die proletarischen Mitglieder der SA- und NSDAP. belogen und betrogen.

Die Industrie und die Kreise hinter Hindenburg und Schleicher betreiben die Heranziehung der NSDAP. zur Regierung, unter Stärkung des Straßerflügels. Unter diesem Gesichtswinkel muß man auch die Verhandlungen Hindenburg-Goering zur Seite am Montag betrachten, wo Hindenburg verlangte, daß ein Nazi-Ministerpräsident in Preußen zugleich als Minister der Schleicher-Regierung angehören und offen die Mitverantwortung tragen müsse, und wo Goering für diesen Posten (zugunsten Straßers oder Fricks) abgesehen wurde. Wie Hitler die Straßer-Linie immer mehr bezieht, das zeigen einige zwar noch „vorsichtige“, aber doch sehr bezeichnende Ausführungen Hitlers in seiner Rede in Sachsen am 11. Dezember. Er sagte u. a.:

„Wir verlangen aber dafür die Macht. Zug um Zug... Wir gehen in diese Regierung hinein, aber nur dann, wenn ihr herausgeht...“

Diese Worte Hitlers klingen wesentlich anders, als jene, in welchen er einst bombastisch die ganze Macht „forderte“. Unter „dieser Regierung“ versteht Hitler die des Generals Schleicher, dem die Nazi-Führung ja stets die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ausgesprochen hat. Deshalb werden die Differenzen in der Führung der NSDAP. sich trotzdem weiterhin verschärfen, denn sie sind das Ergebnis der wachsenden Rebellion in den Reihen der werktätigen Anhänger, die zu täuschen den Nazisführern immer schwerer fällt.

Ob Straßer oder Hitler, die werktätigen Anhänger der Nazi-

partei müssen begreifen, daß beide treue Agenten des Finanzkapitals und die NSDAP. eine Partei des kapitalistischen Systems ist. Der Hitler wie der Straßer-Flügel setzen beide die NSDAP. auch weiterhin für die rückfällige Durchsetzung des Hungerlohnens der Kapitalistenklasse gegen die Werttätigen ein.

Der Redner ging dann zur Lage der NSDAP. in Schlesien über und versicherte nochmals, solange wie er noch Gauleiter in Schlesien sei, bleibe Schlesien Hitler treu. Wörtlich führte Brüdnner folgendes aus:

„Ich weiß, daß sich Schweinehunde in der Bewegung befinden, sie haben sich auch in Schlesien eingeschlichen. Solange wie ich Gauleiter in Schlesien bin, werde ich jedem faulen in die Bewegung heringeragerten Schweinehund die große Presse kapfen. Die Galunen lasse ich von ein paar thätigen Kerlen so verschinden, daß ihnen der Appetit für immer vergeht. Derjenige, der denkt, mit mir, der ich ein alter Gauleiter Hitlers bin, Scherze machen zu können, der hat sich schwer getrrt. So, nun wissen Sie, wer ich bin.“

Brüdnner forderte die Kreisleiter auf, in Zukunft kein Mitglied und auch keinen SA-Mann, wenn sie mit einer Bekanntschaft kommen, mehr abzuweisen. Er selbst habe für jeden ein offenes Ohr. Er kündigte an, daß er nach einer Rücksprache mit Hitler anlässlich der letzten Sitzung mit den Gauleitern im „Kaiserhof“ in Berlin weitgehende Vollmachten erhalten habe. Er werde schon für Ordnung sorgen. Für Januar kündigte er eine große Säuberungsaktion an.

Diese Ausführungen von Brüdnner sprechen eine berebete Sprache und bekräftigen, daß unter der Mitgliedschaft eine wachsende Rebellion gegen die Politik Hitlers, die er im Interesse des Großkapitals durchführt, vorhanden ist. Die rebellierenden NSDAP- und SA-Leute bezeichnen Brüdnner als Schweinehunde, denen er die Presse stopfen will. Die wachsende Rebellion wird damit nicht gehemmt werden können, weil die betrogenen proletarischen Nazigewählter immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß Hitler u. Co. als Notverordnungs-Machte im Dienste des christlichen und jüdischen Ausbeuterkapitals stehen. Die proletarischen Anhänger der Nazi-Bewegung müssen auf diese Beschimpfung hin diesen Leuten schnellstens einen Fußtritt verpassen und sich der roten Einheitsfront anschließen.

Auf dieser Tagung sprach auch kurz der Fernemörder und SA-Obergruppenführer Heines, der die Erklärung abgab, daß die SA in Schlesien weiter unter den Fahnen Hitlers kämpfen werde. Als Heines sprach, machte sich unter einem Teil der Anwesenden eine starke Stimmung gegen ihn bemerkbar. Obwohl die Verlesung Heines von Schlesiens „offiziell“ bemerkt wurde, steht fest, daß die Verlesung wegen der Auseinandersetzungen in der Führung der NSDAP. nur verschoben worden ist.

Verbreitert die Streiffront der Bauarbeiter

Alle Versuche des Streikbruchs müssen zurückgeschlagen werden

Breslau. Unter diesem Zeichen tagte die am Mittwoch im „Oberstrom“ vom Solidaritätsausschuß der Bauarbeiter Breslaus einberufene Streikversammlung. Freigestellt wurde, daß die Breslauer Bauarbeiter mit der Waffe des Streiks gewillt sind, ihren Kampf gegen die brutalen Lohnraubmaßnahmen bis zu Ende zu führen. Daß sich die Bauunternehmer gerade diesen Zeitpunkt ausgesucht haben, um den lärglichen Hungerlohn der Bauarbeiter brutal abzubauen, zeigt, daß dieselben nicht mit dem geschlossenen Widerstandswillen der Bauarbeiter gerechnet hatten. Zweifelsohne haben die zahlreichen Abwehrtreits der Bauarbeiter sowie auch der übrigen Arbeiterschaft im ganzen Reich und in Schlesien einen großen Teil dazu beigetragen, daß auch die Breslauer Bauarbeiter zu der Erkenntnis gelangt sind, daß es gegenüber diesen frechen Angriffen der Bauunternehmer nur eine Antwort geben kann: geschlossener Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub.

Die Tatsache, daß die Unternehmer, trotzdem der Tarif erst am 31. Dezember abläuft, sich nicht um tarifliche Bindungen scheren, sondern eben, wenn es ihnen in den Streiken paßt, die Löhne abbauen, ist der beste Beweis dafür, daß auch die Arbeiter sich nicht darauf verlassen dürfen, daß es nicht möglich sei, vor Ablauf der tariflichen Vereinbarungen Kämpfe zu führen. Des weiteren wurde auch sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Bauarbeiter in diesem Kampfe unterliegen, dann die Bauunternehmer im Januar mit einem neuen und noch brutalerem Lohnraub kommen werden.

Inwiefern die Unternehmer mit allen Mitteln versuchen, die Streiffront zu durchbrechen, das geht am deutlichsten daraus hervor, daß sie mittels Inseraten in der Zeitung versuchten, Streikbrecher zu werben. Das führte auch bereits dazu, daß vor einigen Tagen eine Anzahl Bauarbeiter aus dem Kreise Striegau mit ihrem Handwerkszeug anlangen, in der Annahme, es handelt sich um Arbeitsmöglichkeiten. Erst als denselben erklärt wurde, daß sie als Streikbrecher fungieren sollten, war ihnen klar, daß sie einem Trid der Unternehmer zum Opfer gefallen waren. Sie erkannten also, daß sie nun von ihren wenigen Pfennigen Fahrgeld ausgegeben hatten, und nun wieder zurückfahren mußten.

Auch nach die Verammlung Stellung zu der Tatsache, daß auf einer Baustelle in Opperau noch Kollegen zu einem erbärmlichen Hungerlohn bei einem answärtigen Unternehmer arbeiten, und zwar ist es hier die Baufirma Nitzschler aus Bartha-Frankenber, die mit ihren Leuten Streikbrecherarbeiten durchführt.

Die Versammelten waren sich auch darüber klar, daß es jetzt die dringende Aufgabe ist, die Streiffront der Bauarbeiter zu verbreitern, d. h., daß nicht nur die letzten Streikbrecher auf den Bau-

stellen überzeugt werden müssen von ihrem schändlichen Handeln, sondern daß auch alle Mittel angewandt werden müssen, um auch die übrigen Arbeiter, die vor neuen Lohnraubmaßnahmen stehen, in die gemeinsame Kampffront einzureihen.

Nachfolgender Appell wurde einstimmig angenommen: An die Bauarbeiter Schlesiens, an die gesamte Arbeiterschaft von Breslau!

Seit dem 1. Dezember stehen die Bauarbeiter Breslaus im geschlossenen Abwehrtreik gegen einen Lohnraub von 9 Pfennig die Stunde. Dieser Lohnangriff der Breslauer Bauunternehmer erfolgte, trotzdem erst am 31. Dezember der Tarif abgelassen ist. Dieser brutale Angriff der Bauunternehmer zeigt, daß den Unternehmern jedes Mittel recht ist, um den lärglichen Hungerlohn auf ein Minimum herabzusetzen.

Diese geschlossene Streiffront versuchen die Unternehmer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu durchbrechen, indem sie in den Provinzzeitungen Streikbrecherinserate aufgeben und dadurch versuchen, eine Zerspaltung in die Reihen der Bauarbeiter zu tragen. Bereits sind einige Kollegen auf diese Manöver hereingefallen.

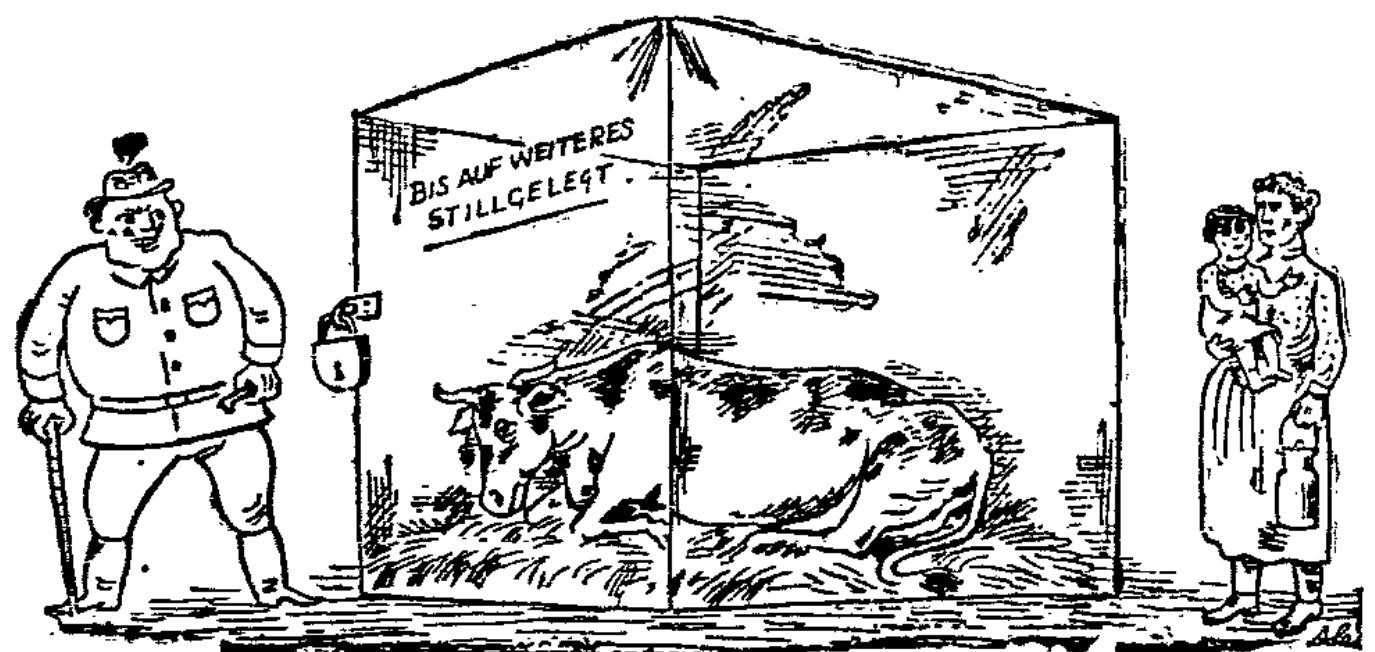
Deshalb rufen wir euch zu: Lebt Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern, laßt euch nicht irreführen, die Streiffront der Breslauer Bauarbeiter steht ungeboren, ihr Kampf ist auch euer Kampf. Gelingt es den Unternehmern, diesen Kampf abzumürgen, dann werden sie mit noch brutaleren Maßnahmen ihre Angriffe fortsetzen. Deshalb rufen wir euch zu: Verbreitert die Kampffront! Organisiert auch ihr den Kampf um eure eigenen Forderungen! Es lebe die Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern!

Inwiefern sich die Bürotatke des Baugewerksbundes mit einer ernsthaften Kampfführung beschäftigt, geht am besten daraus hervor, daß nach dem Bericht der „Völkische“ vom 14. Dezember in der Montagversammlung der Bürotatke Meise seine ganze Aufgabe darin erblickte, einen Situationsbericht zu geben.

Sein Wort über weitere Maßnahmen. Deshalb liegt es an den Kollegen des Baugewerksbundes, daß sie sich mehr denn je mit der Lage beschäftigen und von sich aus die geeigneten Maßnahmen festlegen, die eine siegreiche Kampfführung gewährleisten, damit sie nicht daselbe erleben wie die Metallarbeiter und die Textilarbeiter, daß eines schönen Tages die Bürotatke diesen Kampf abwürgt und die Bauarbeiter den Bauunternehmern ausliefert.

In allen Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen und in den Versammlungen der Erwerbslosen müssen die Arbeiter durch Beschlüsse ihre Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern belunden.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte einen Artikel: daß man dazu übergehen müsse, die Kühe „stillzulegen“, das heißt: die Milchproduktion zu rationalisieren, um Ueberproduktion zu verhindern.



„O du fröhliche — o du selige...“

„Winterhilfsmassnahmen“ der bankrotten Stadt Breslau — Glender Betrug an den Erwerbslosen 100 000 „gefehmäßig“ zum Hungern und Frieren verurteilt — Aus der Dunkelkammer der Ausschussberatung

Breslau, den 16. Dezember 1932.

Das demagogische und verlogene Spiel, welches in den letzten Tagen im Reichstag von den Nationalsozialisten und der SPD bei der Beratung der Winterhilfsmassnahmen durchgeführt wurde, hat auch in Breslau eine treffende Illustration gefunden. Schon anlässlich der letzten Stadtverordnetenversammlung, wo die Anträge der Kommunisten auf eine wirkliche umfassende Winterhilfsmassnahmen, zeigte die brutale Anwendung der faschistischen Geschäftsordnung durch den deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher Friedrich, daß die Bourgeoisie, die gerade in diesen Tagen vor „Weihnachten heuchlerisch ihren „Christfest“-Kummel inszeniert, beabsichtigt die Vertreter der hungernden Erwerbslosen mundtot zu machen. Hierbei findet sie selbstverständlich die bereitwilligste Unterstützung der Nazis und der SPD. Während die Nazistadtverordneten es wohlweislich vorzogen, zu diesen brennenden Fragen gar nichts zu sagen, forderte die SPD durch ihren Sprecher, den Landestat Tich, die Beratung über die Winterhilfsmassnahmen, in dem berechtigten Ausschuss 8 zu begraben. Diese Ausschussführung, die „geheim“, d. h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit am vergangenen Freitag durchgeführt wurde, zeigte deutlich die Einmütigkeit der bürgerlichen Vertreter, einschließlich der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stadtverordneten, die hungernden und frierenden Erwerbslosen um jede ernsthafte Winterhilfe zu prellen.

Immer und immer wieder wird von seiten des Magistrats betont, daß

die Stadt Breslau pleite ist, d. h. daß im laufenden Etatsjahr ein Defizit von 34 Millionen Mark vorhanden ist, welches nur zu einem Teil durch die Zuwendungen aus Reichsmitteln gedeckt werden kann. Mindestens bei vorsichtiger Berechnung bleiben 9 Millionen Mark völlig ungedeckt.

Für die Erwerbslosen und überhaupt für die merkwürdige Bevölkerung Breslaus ist dabei besonders interessant, daß die Frage des Fehlbetrages immer dann angeschnitten wird, wenn es sich darum handelt, den nothleidenden Schichten wirkliche Hilfe anzubringen zu lassen, doch aber Ausgaben für andere Zwecke jederzeit bewilligt werden. Es ist direkt eine Provokation der werktätigen Bevölkerung und insbesondere der Erwerbslosen, wenn der Stadtkämmerer so tut, als wenn für die nothleidende Bevölkerung in bester Weise gesorgt würde und wenn durch die Stadträte Wolf, Tich und Dauman immer und immer wieder betont wird, daß z. B. die bisher durchgeführte Speisung allen Ansprüchen „gerecht“ wurde.

Ganz besonders aber wird von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gegen die Anträge der Kommunisten vom Leder gezogen. Die Sozialdemokraten Tich und Ditz geben dem Magistrat für seine ablehnende Haltung direkt das Stichwort, wenn sie von den „ungefährlichen“ Anträgen der Kommunisten sprachen, die nicht in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden dürften.

Die Kommunisten haben im Plenum und auch im Ausschuss 8 im Namen von 100 000 Breslauer Arbeitslosen beantragt, daß die absolut ungenügenden Winterhilfsmassnahmen des Magistrats wie folgt ergänzt werden sollen:

- Ausgabe von Kohlen Scheinen auch an die alleinstehenden, möbliert wohnenden Unterstützungsempfänger.
Unentgeltliche Schulpflichtung für die Kinder von Unterstützungsempfängern.
Erhöhung des Milchquantums für die Kinder unter 2 Jahren, Abgabe von Brotmarken in vollem Umfang auch für das sechste und jedes weitere Familienmitglied.
Volle Unterstützung und volle Sonderunterstützung auch bei Zusammenstößen von verschiedenen Renten und Unterstützungen in einer Familie.
Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 20 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 10 Mark für die Ehefrau, 5 Mark für jedes Kind für alle Unterstützungsempfänger.
Zur Verfügungstellung von Räumen und Einrichtungsgegenständen an den Solidaritätsausschuss der Breslauer Arbeiterschaft zur Errichtung von Wärmehäusern und Speiseküchen.
Für diese umfassenden Winterhilfsmassnahmen hat die kommunistische Fraktion eine Reihe von Deckungsvorschlägen gemacht. Es ist selbstverständlich, daß im Ausschuss die gesamten bürgerlichen Parteien diese Anträge der Kommunisten niederstimmten, wobei

die sozialdemokratische Fraktion durch Stimmenthaltung der Bourgeoisie Hilfsdienste leistete.

Die Deckungsvorschläge der Kommunisten wurden zurückgewiesen und als „ungefährlich“ bezeichnet.

Was ist „ungefährlich“?

Wie sehen die Deckungsvorschläge der Kommunisten aus?

In Breslau warten 100 000 Erwerbslose, die dem Hunger und der Kälte ausgeliefert sind, auf Winterhilfsmassnahmen. Während auf den Kohlenlagerplätzen die Kohlenberge wachsen, während in den großen Warenhäusern riesige Stapel von warmer Kleidung, Wäsche und Schuhwerk auf Käufer warten, während in den Delikatessgeschäften im Zentrum der Stadt und der Villenvorstädte die ausgefeiltesten und feinsten Nahrungsmittel und Genussmittel den wohlhabendsten Bourgeois und ihren in Pelze gehüllten Luxusweibchen zur Verfügung stehen, sind in Breslau 100 000 — zum Teil jahrelang aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet, mit der Aussicht, für immer auf dem Straßentrottoir liegen zu bleiben, — erbarungslos dem Hunger und dem Frost ausgeliefert.

Das ist gefährlich!

Für diese Armen der Armen hat die Stadt Breslau, der Magistrat und die sozialdemokratisch-nationalsozialistisch-bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit nichts weiter übrig, als wie heuchlerische Worte des Bedauerns.

So sieht das „Fest der Liebe“ von der anderen Seite aus.

Wofür aber hat die bankrotte Stadt Breslau Geld übrig?

Wir wollen aus dem laufenden Haushaltsplan einige Ziffern nennen.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: In Breslau wird ausgegeben: Für die Polizei (2 250 000 Mark), Für Museen (150 000), Für den Flughafen (81 000), Für Personenkraftwagen (31 000), Für Provinziallabors (2 200 000), Für Zuschüsse an Theater usw. (750 000), Für die Jahrhunderthalle (35 000). Total: Insgesamt: 5 497 000 Mark.

Zusammen: 5 497 000 Mark für Zwecke, die nicht dem Interesse der werktätigen Bevölkerung dienen. Aber das ist noch nicht alles!

Die Stadt Breslau unterhält in Berlin eine Geschäftsstelle, die jährlich 15 000 Mark kostet. Die Stadt Breslau hat für eine Kriegskronik bisher annähernd 15 000 Mark ausgegeben und gibt jährlich dafür neue Beträge aus.

Die bankrotte Stadt Breslau hat den großen Baunehmern und anderen für die pleite gegangene Wawa bisher 150 000 Mark gezahlt, und gibt weitere Unsummen dafür aus.

Die Stadt Breslau, die für die Hungernden nichts hat, gibt für nationalsozialistische und christliche sowie ähnliche Vereine und Vereinen im Jahre annähernd 120 000 Mark aus.

Der Magistrat, der alle wirklich ernsthaften Winterhilfsmassnahmen für die Hungernden und Frierenden ablehnt, kämpft für die Bewilligung von Mitteln zur Anschaffung von Kirchturnmühen.

Die Stadt Breslau wirft im laufenden Jahr 15 000 Mark den Kirchen in den Nacken, ohne die Gehälter für Geistliche, die besonders gezahlt werden.

Hier sind rund 6 Millionen Mark, die der Bourgeoisie und ihren Vermittlungsinstituten zugeschanzt werden. „Wir“ sind ja in Breslau „das deutsche Kulturbolwerk des Ostens“ — „Wir“ haben eine „Mission“ zu erfüllen: aber 100 000 sollen hungern und frieren, das ist auch „gefährlich“, das heißt wenn dies stillschweigend geschieht.

Diese Herren des Magistrats und der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, die sich über die Hungerscheie der Erwerbslosen entrüsten, die die Kommunisten, welche für die Erwerbslosen eintreten, begeiern und beschimpfen, sie haben nichts dagegen, wenn diese bankrotte Stadt Breslau an eine gewaltige Beamtenhierarchie Millionen zahlt. Denn das Arbeitslose und Wohlfahrtskempfer, paßt gut auf: das ist „gefährlich“!

Die Stadt Breslau ist pleite, der Magistrat und seine Helfershelfer bedauern mit Krolodilstränen in den Augen, daß sie den Arbeitslosen, den Hungernden und Frierenden nicht helfen können, so „gerne wie sie möchten“. Sie fordern „gefährlich“ zünftige Deckungsvorschläge für jede Ausgabe. Aber sie sind empört darüber, daß die Kommunisten neben der Streichung der oben bereits angeführten Ausgaben für den Gewalt- und Verdummungsapparat, auch die rigorose

Kürzung der höchsten Gehälter fordern. Diese Herren, die den Wohlfahrtsunterstützten zumuten, den bitterharten Winter mit 40 Mark und noch weniger im Monat durchzuhalten, während die bestehenden Schichten in gut gewärmten Zimmern an überreich besetzten Tafeln prassen, wehren sich entrüstet gegen die Zumutung, das Gehalt der höchstbezahlten Beamten abzubauen, denn

„mit 500 Mark im Monat kann man nicht leben.“

Bei rund 250 höchstbezahlten Beamten und Pensionären würde die Stadt Breslau jährlich rund 1 200 000 Mark durch diese Kürzung der Gehälter einsparen können.

Das fordern die Kommunisten, um diese Summe als Winterhilfe für die Hungernden und Frierenden Massen mit zu verwenden. Aber das ist „ungefährlich“!

Weihnachtsfrieden beschlossen

Unter der Überschrift „Keine Stadtverordnetenversammlung mehr in diesem Jahr“ meldet die „Vollmacht“ vom 14. Dezember: „Mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages über die Winterhilfe, die im weitestgehenden Maße die Massnahmen der Stadt Breslau in dieser Frage betreffen, konnte der Haushaltsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hierzu keine positiven Beschlüsse fassen, da eben die Gemeinden die Reichshilfe durchzuführen haben.“

Aus diesem Grunde erübrigt sich auch die Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung nach der Weihnachten, da andere dringliche Vorlagen kaum vorhanden sind. Es dürfte also mit einer Sitzung in diesem Jahre nicht mehr zu rechnen sein.“

In trauter Gemeinschaft haben also die Stadtväter der Bürgerlichen und der SPD. sich damit abgefunden, daß für sie jetzt „Weihnachtsfrieden“ herrscht.

Sie glauben, daß sie jetzt dem „Fest der Liebe“, wo sie bei vollen Schüsseln und klingenden Weinkelchen sich der Feststimmung hingeben — entgegensehen können.

In den Glendbüchern der Mietskasernen, in zerlumpte und zerstückelten Kleidern, mit knurrendem Magen, denken 100 000 Breslauer Erwerbslose darüber nach, daß es an der Zeit ist, diese „Friedensfeststimmung“ durch den tausendfachen Hungerschrei zu überlöten.

Die hunderttausend Erwerbslosen von Breslau müssen nun erst recht ihren Kampf gegen Hunger und Frost, für die Deckung der Verteilungsstellen und Kohlenhalden fortsetzen.

Die außerparlamentarische Kampffront muß zu einer gewaltigen Massenbewegung gestaltet werden.

Die Einheitsfrontaktion aller Erwerbslosen muß unter Führung des Erwerbslosenrats in den nächsten Tagen eine solche Steigerung erfahren, daß alle Verlosungsmethoden zertrütert werden und daß die Hungerarmee durch ihr geschlossenes Auftreten sich ausreißende Winterhilfe erzwingt.

Ein Wohlfahrtsarzt liefert frange Erwerbslose dem Tode aus!

Breslau. Ist schon die Behandlung der Wohlfahrtsarbeitslosen, welche sich noch in gesundem Zustand befinden, eine äußerst brutale und rigorose, um so schlimmer ist es, wenn einer dieser armen Teufel infolge der Notlage, was heute keine Seltenheit ist, von einer Krankheits heimgeleitet wird. Ueber das Kapitel der Behandlung der Wohlfahrtsarbeitslosen durch die „Wohlfahrtsärzte“ ist schon sehr vieles geschrieben worden. Ein sehr trauriger Fall, welcher die Praxis des Wohlfahrtsärztesystems sehr deutlich charakterisiert, soll hier wiederum einmal aufgezeigt werden.

Der Wohlfahrtsarbeitslose Herbert Puff, Bergstraße 24, befand sich seit längerer Zeit infolge Krankheit in Behandlung des Wohlfahrtsarztes Dr. Brandt, Alsenstraße 50. In der Nacht vom vorigen Sonnabend zu Sonntag, hatte sich das Leiden des Erwerbslosen unheimlich verschlimmert, so daß es dringend notwendig war, den Arzt herbeizurufen. Dieser kam aber nicht, sondern es machte sich ein nochmaliger telefonischer Anruf notwendig, worauf dieser erwiderte, daß er gleich erscheinen würde und zwar war dieses um 8.30 Uhr.

Nach einer Zeit von ¼ Stunden, war aber derselbe immer noch nicht erschienen, worauf auf einen nochmaligen Telefonruf die Antwort erfolgte, daß der „Herr Dr. noch schläft.“

Der Wohlfahrtsarbeitslose Herbert Puff, Bergstraße 24, befand sich seit längerer Zeit infolge Krankheit in Behandlung des Wohlfahrtsarztes Dr. Brandt, Alsenstraße 50. In der Nacht vom vorigen Sonnabend zu Sonntag, hatte sich das Leiden des Erwerbslosen unheimlich verschlimmert, so daß es dringend notwendig war, den Arzt herbeizurufen. Dieser kam aber nicht, sondern es machte sich ein nochmaliger telefonischer Anruf notwendig, worauf dieser erwiderte, daß er gleich erscheinen würde und zwar war dieses um 8.30 Uhr.

Nach einer Zeit von ¼ Stunden, war aber derselbe immer noch nicht erschienen, worauf auf einen nochmaligen Telefonruf die Antwort erfolgte, daß der „Herr Dr. noch schläft.“

Dem Hungertode preisgegeben

Von einem Teilnehmer an dem Lehrkurs in der Weinstraße wird uns folgendes berichtet: Ein gewisser Lehrer Heintze will dort die Kurzfisten besonders begeistern, „wie schön es bei dem freiwilligen Arbeitsdienst sei“. Wenn nun von seiten der Kurzfistennehmer auf Grund der bisherigen Erfahrungen, die die Erwerbslosen in diesen Arbeitsdienstlagern gesammelt haben, diesen Schönfärbereien bedingt entgegengetreten wird, so glaubt nun dieser gute Mann mit allen möglichen Schiltanen gegen diejenigen vorzugehen.

Kommunistische Abzeichen wirken anscheinend auf diesen Mann wie das rote Tuch auf den Esel, denn ein Genosse, welcher dort mit dem Abzeichen erschien, wurde von demselben besonders ins Auge gefaßt. Sein Daß gegen die revolutionären Schüler geht bereits so weit, daß er diesen kein Essen verabsichtigt.

Mit dem noch nicht genug, sondern mit den Worten: „Sie werden es noch bereuen!“ wurde der Genosse aus dem Kursus ausgewiesen. Dieses bedeutet, daß jetzt derselbe mit einer Unterstützungssperre zu rechnen hat, und somit praktisch durch diese faschistischen Massnahmen dem Hungertode ausgeliefert ist.

An den Erwerbslosen liegt es, sich in diesen Zwangskursen zusammenzuschließen und sich gegen diese Schiltanen geschlossen zur Wehr zu setzen.

Die Wahl eines Schülerrates ist eine bringende Notwendigkeit, wenn die Lehrkurssteilnehmer nicht ebenfalls den Weg gehen wollen wie der Genosse Schubert, das heißt daß sie durch diesen faschistischen Lehrer ebenfalls bei der geringsten Kleinigkeit dem Hungertode ausgeliefert werden.

Ernter Angriff auf Arbeiterwohnung

In der Dinnstraße 9 wohnt der Antifaschist R. Haake in einer Arbeiterwohnung mit seiner Mutter. Schon mehrmals wurde diese Arbeiterwohnung ein Angriffsfeld für die verheerenden Faschisten. Dieser Arbeiter ist unter den Gegnern der roten Klassenfront besonders verhaßt, weil er es als seine Pflicht erachtete, bei der Reichstagswahl eine rote Fahne für die Liste 8 zu hissen. Seit dieser Zeit sind jetzt schon das dritte Mal Angriffe auf die Wohnung seiner Mutter erfolgt.

Der letzte Angriff erfolgte in der Nacht vom Montag zu Dienstag dieser Woche, indem in die Wohnung Radioteile und andere Gegenstände durchs Fenster geworfen wurden, so daß zwei Fensterscheiben in Trümmer gingen. Die Täter konnten wohl nicht ermittelt werden, aber es ist ohne weiteres anzunehmen, daß es sich hierbei um einige besonders verheekte Elemente aus dem faschistischen Lager handelt.

Er hat Sonntags keine Zeit!

Als nun die Schwester des Kranken sich auf den Weg machte, um den Arzt persönlich aufzusuchen, mußte sie erleben, daß dieser ihr die Tür wies, und erklärte, Sonntags habe ich keine Zeit.

Um 12 Uhr kam nun endlich ein Vertreter, welcher der Mutter des Kranken erklärte: Dieser Fall ist hoffnungslos. Der Kranke mußte sofort ins Krankenhaus transportiert werden. Auf dem Wege zum Krankenhaus ist derselbe gestorben.

Nach näheren Mitteilungen, soll dieses rigorose Verhalten dieses Wohlfahrtsarztes schon in der Vergangenheit des öfteren vorgekommen sein, jedoch hier berechtigterweise von seiten der Wohlfahrtsarbeitslosen die Frage aufgeworfen werden muß,

hinweg mit solchen Leuten als Wohlfahrtsärzte die anstatt den kranken Wohlfahrtsarbeitslosen zu helfen, dieselben in der erdenklichsten Weise schikanieren, und sich nicht im entferntesten darum kümmern, wenn ein Wohlfahrtsarbeitsloser zugrunde geht.

Die Erwerbslosen müssen neben ihrem Kampf um Brot, Kartoffeln, Kohle und Bekleidung auch ihren Kampf gegen dieses System der Wohlfahrtsärzte führen, unter der Forderung: Freie Arztwahl für alle Wohlfahrtsarbeitslosen.

die ihrem „revolutionären Tatendrang“ auf diese Art und Weise Luft machen.

An der Arbeiterschaft liegt es, diese Ueberfälle auf Arbeiterwohnungen dadurch zu verhindern, daß sie sich stärker denn je in die Antifaschistische Aktion einreihen und durch Verstärkung des Roten Massenelbstschutzes die Gewähr schaffen, daß alle Angriffe der faschistischen Terrorbanden zurückgeschlagen werden.

Berklärt die Sammelaktion für die streikenden Bauarbeiter!

Wer meldet das nächste Ergebnis?

Innerhalb weniger Stunden sammelte ein Genosse der NSD. vom Stadteil Ost 10.20 RM. für die streikenden Bauarbeiter. Genossen! Nehmt auch dieses Ergebnis zum Beispiel und verstärkt die Sammelaktion für die kämpfenden Bauarbeiter.

NSD. der NSD.

3ja

Morgen abend 20 Uhr geht alles zum roten Kabarett des Jsa-Besucherkreises. Für 25 Pfennig die besten Breslauer Mitpropaganden, Requisitionen und musikalische Darbietungen. Werdet Mitglieder des Jsa-Besucherkreises. — Saal der Monisthischen Gemeinde, Grünstraße.

Senkt die roten Fahnen!

Märzdorf, Kr. Ohlau. Am Dienstag, dem 13. Dezember, verchied infolge längerer Krankheit aus unseren Reihen der Genosse Karl Koch I aus Märzdorf, Kr. Ohlau. Die Ortsgruppe verliert in ihm einen tatkräftigen Genossen. 28 Jahre gehörte er der SPD. an und fand im Juli 1931 den Weg zur NSD. Einäscherung Sonnabend, den 17. Dezember, mittags 1 Uhr.

Ein letztes „Rot Front!“ dem tapferen Kämpfer! NSD., Ortsgruppe Märzdorf.

Achtung! Morgen Freitag erscheint ein ausführlicher Artikel über die Breslauer Gemeindebetriebe. Die Leser müssen sofort den Verkauf dieser Nummer an die Gemeindearbeiter organisieren!

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gafrow, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Callam, Breslau. — Verlag: A. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trautenberg Straße 22.

RUND UM DEN ERDBALL

Schwere gesundheitliche Schädigungen

Folgen der Arbeitslosigkeit — Was bürgerliche Wissenschaftler feststellen

In der vergangenen Woche tagte in Berlin die „Internationale Hygiene-Kommission des Völkerbundes“, die sich drei Tage lang mit den Methoden auseinandersetzte, die geeignet sind, Untersuchungen über den Ernährungszustand der Bevölkerung, in erster Linie der Erwerbslosen und ihrer Kinder, durchzuführen. Gerade zu dieser Zeit, als diese Kommission sich in endlosen Beratungen nicht etwa darüber, wie man der furchtbaren wirtschaftlichen Not Abhilfe schaffen könne, sondern lediglich über die Frage, wie man die Untersuchungen international einleiten könne, erging erfolgte in der medizinischen Fachpresse einige kaum beachtete Veröffentlichungen zu der Frage des Gesundheitszustandes der Bevölkerung.

Statistiken über Lebenshaltung und Gesundheitszustand der Erwerbslosen sind bisher, soweit sie überhaupt durchgeführt wurden, ängstlich geheimgehalten worden. Immer wieder wurde erklärt, die Erwerbslosen seien nicht wesentlich schlechter daran, als die noch im Betrieb stehenden. Erst kürzlich erklärte einer der bekanntesten Medizinstatistiker, daß im allgemeinen der Gesundheitszustand auch der langjährig Arbeitslosen noch ausgeglichen sei. Dies müsse darauf zurückgeführt werden, daß Verwandte und Bekannte ihre erwerbslosen Angehörigen mit Geld und Lebensmitteln unterstützen, sofern diese sich nicht größere Geldsummen gespart hätten, von denen sie heute eben noch zehren. Eine Beunruhigung sei gänzlich unangebracht. Ehe eine größere Schädigung eintreten könne, habe es noch gute Weile.

In der „Medizinischen Welt“ vom 10. Dezember 1932 berichtet Professor Dr. von Tschä, Hamburg, über „die gesundheitlichen Schädigungen der Arbeitslosigkeit“. Zunächst stellt er fest, daß „trotz Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit die Sterblichkeit sich nicht vergrößert hat“. Jedoch darf daraus nicht geschlossen werden, daß der Gesundheitszustand unbeeinträchtigt geblieben sei. Ein starker Geburtenrückgang, wie er in den letzten Jahren in allen kapitalistischen Ländern aufgetreten ist, hat auch ein Sinken der Säuglingssterblichkeit zur Folge, ohne daß etwa daraus auf eine Besserung der Volksgesundheit geschlossen werden kann. Eine Verschärfung mit den Krankheitsfällen Arbeitsloser offenbart, „welche schwere gesundheitliche Schädigungen die Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Personen hatten“.

Drei bis vier Kilogramm Körpergewicht Verlust

Und dann berichtet von Tschä: In Gelsenkirchen Zunahme der Fälle von offener Lungentuberkulose von 357 auf 435 innerhalb eines Jahres. Ungeordnete Zunahme der entzündlichen Krankheit, der Schädelerweichung bei Kindern. Aus Halle wird berichtet, „daß bis Ende 1930 der Gesundheitszustand der Kinder Arbeitsloser nicht schlechter war als der der übrigen; von da an verschlechterte er sich jedoch zusehends und stand tiefer als im Jahre 1925“. In Berlin: Anwachsen der Tuberkulose, der Hautkrankheiten, der nervösen Störungen. Besonders nicht ganz normale Kinder sind durch die Arbeitslosigkeit ihres Vaters schwer gefährdet. Die Kinder Erwerbsloser bleiben mit ihrem Gewicht und ihren Körpermaßen weit unter dem Durchschnitt. In Stuttgart fand am 15. Juli 1932 eine Erhebung über den Gesundheitszustand statt. Danach hat sich die Zahl der Kinder mit beginnender Lungentuberkulose seit 1929 verdoppelt. Von 1931 bis 1932 ist ein starkes Anwachsen der Fälle von offener Lungentuberkulose unter Schulkindern zu bemerken. Nach Berliner Untersuchungen haben die Erwerbslosen in den letzten sechs Monaten durchschnittlich drei bis vier Kilogramm an Körpergewicht verloren. „Diese schweren gesundheitlichen Schädigungen, von denen ich berichten mußte, sind zu einem wesentlichen Teile auf die mangelhafte und meist völlig unzureichende Ernährung der Arbeitslosen zurückzuführen. Denn die starke Minderung der Einnahmen durch die eintretende Arbeitslosigkeit hatte eine quantitative und vielmehr qualitative Verschlechterung der Ernährung zur Folge.“

Verbrauch von Fleisch, Butter . . . verschwindend gering

Ueber die Art, wie sich die Erwerbslosen in diesem Jahre ernähren müssen, sagt Tschä folgendes: „Starke Eiweiß- und Vitaminmangel, das dürfte das Charakteristikum der Ernährung arbeitsloser Familien in Deutschland sein. Mit Kartoffeln und grobem Brot, dazu billige Margarine, wurde in der Hauptsache der Hunger gestillt“. Die Ernährung der Erwerbslosen ist, wie nochmals ausdrücklich festgestellt wird, völlig unzureichend, der Verbrauch von Fleisch, Butter, Eiern, Käse, Milch, Gemüse und Obst verschwindend gering. „Die Unterernährungsercheinungen völlig ungenügend, eine auch nur ganz kümmerliche Ernährung

durchzuführen; . . . die traglichste Folge der Arbeitslosigkeit ist aber wohl die seelische Wirkung, die sie auf die von ihr betroffenen Personen ausübt. Sie fängt bereits an, mit der Furcht des noch Beschäftigten, seine Stellung zu verlieren, dann folgt, wenn er entlassen ist, die Enttäuschung der vergeblichen Stellungsuche. Verzweiflung bemächtigt sich seiner . . . er verliert sein seelisches Gleichgewicht: Unruhe, Angst, Bitterkeit gegenüber dem Leben, Mutlosigkeit und Hoffnungslosigkeit bemächtigt sich seiner und macht ihn immer unfähiger, den Kampf ums Leben wieder aufzunehmen.“

Eine grauenhafte Schilderung, die nur noch von der Wirklichkeit übertroffen wird. Und so wie in Deutschland, so ist es — auch dafür gibt von Tschä die Zahlen an — in allen anderen kapitalistischen Staaten der Welt. Ähnliche Feststellungen macht auch das Gesundheitsamt der Stadt Köln. Dr. Kortenhans berichtet darüber: Die kleinen Schulkinder weisen eine große Schläffigkeit der Haltung, Krümmung der Brust, englische Krankheit, Platt- und Senkfüße, große Unfälle, kurz eine körperliche und geistige Verschlechterung gegenüber den größeren Schulkindern auf. „Soll das deutsche Volk den Leistungen, die Gegenwart und Zukunft von ihm verlangen, gerecht werden, muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einer Verschlechterung der Volksgesundheit entgegen gearbeitet werden.“ Kortenhans verlangt eine „planmäßige Gesundheitsziehung“ für die heranwachsende Jugend, die er für ausreichend hält, um alle Schädigungen zu überwinden.

Wenigstens verlangt er nicht noch einen weiteren Abbau der Gesundheitsfürsorge. Das aber tut Professor Dr. R. Hentius-Berlin („Medizinische Welt“ vom 3. Dezember 1932) ganz offen. Er schreibt:

„Es muß zuerst nachgesehen werden, wieviel Geld der Staat, d. h. der Finanzminister, zur Bekämpfung der Tuberkulose mobilisieren kann, und danach erst muß die Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose mit allem zur Diagnose und Behandlung notwendigem eingerichtet werden . . . Denn es ist nicht zweckmäßig, die Menschen acht bis neun Monate in Heilstätten zu behandeln, Tuberkulosefürsorgen einzurichten und nachher 70 Prozent aller offenen Tuberkulosen doch sterben zu sehen.“

Angesichts der unerhörten, nunmehr auch von den führenden Sozialhygienikern zugegebenen Verschlechterung der Volksgesundheit, angesichts der riesenhaften Zunahme der Fälle von ansteckender offener Lungentuberkulose, verlangt der famose Herr Professor weitere Einschränkung von Fürsorge und Behandlung. Es hat ja doch alles keinen Zweck. Die Leute müssen ja doch sterben. Fürwahr, ein Patentlösung der Wirtschaftskrise: Laßt die Millionen Erwerbslosen verrotten und es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr!

Die werktätige Bevölkerung sieht, wie unerhört ernst der Gesundheitszustand entgegen gearbeitet werden. Kortenhans verlangt eine wird. Sie muß alle Hebel daransetzen, eine entscheidende Besserung zu erzwingen und immer daran denken, daß die Frage der Gesundheitsfürsorge nur in einem einzigen Lande der Welt wirklich gelöst ist, in dem Lande, in dem es keine Erwerbslosigkeit gibt, in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Schweres Eisenbahnunglück bei Luzern

Zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen — Sieben Tote

Zürich, 14. Dezember. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich im Gütlich-Tunnel unmittelbar bei Luzern ereignet. In diesem Tunnel fuhren gestern nachmittag der Personenzug Luzern-Bellinzona und der Gotthard-Schnellzug, der von Zürich kommt und über Luzern südsüdlich fährt, aufeinander. Die Folgen des Zusammenstoßes in dem völlig dunklen Tunnel waren furchtbar.

Die Zahl der beim Eisenbahnunglück in Luzern ums Leben gekommenen beträgt nach den bisherigen Feststellungen sieben. Darunter befinden sich vier Passagiere. Glücklicherweise hat sich die Befürchtung, daß mindestens zwölf Tote zu beklagen seien, nicht bestätigt. Es war sehr schwierig, in den ersten Stunden einen Überblick über die Tragweite des Unglücks zu erhalten. Die beiden Züge stecken tief im Tunnel und sind vollkommen ineinander verwickelt. Nur mit großen Schwierigkeiten ist es gelungen, sich an die Wagen, in denen sich die Toten und Verletzten befanden, heranzuarbeiten.

Die Bergungsarbeiten sind zur Stunde noch nicht beendet und werden jedenfalls noch den ganzen Tag über dauern. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, die beiden Lokomotiven und die beiden Padwagen auseinanderzureißen.

Die Ermittlungen der Luzerner Kantonalpolizei und der Untersuchungsbehörde scheinen einwandfrei zu bestätigen, daß lediglich sieben Menschen ums Leben gekommen sind.

Das Unglück ereignete sich in dem Gütlich-Tunnel unmittelbar vor der Station Luzern, einem Engpaß, durch den mit Ausnahme der Züge nach dem Berner Oberland über den Brünig der ganze Bahnverkehr zwischen Luzern und der übrigen Schweiz geleitet wird. Er ist etwa 400 Meter lang, hat durchgehend zwei Gleise.

Von diesen Gleisen ist jedoch das westliche Gleis in beiden Richtungen vom ganzen Verkehr der Linie Luzern—Olten—Basel und Luzern—Langnauern, das östliche Gleis ebenso vom ganzen Verkehr Luzern—Gotthard und Luzern—Zürich in beiden Richtungen beansprucht. Das bedeutet also, daß die Linien, die den Tunnel durchfahren, nur einspurig sind. Die beiden in entgegengesetzter Richtung auf dem Ostgleis fahrenden Züge konnten daher nur zusammengestoßen, weil der Züricher und der Gotthard-Verkehr auf diesem Gleis einspurig geführt wurden. Bei normaler Doppelspuranlage hätte eine Unglücksmöglichkeit nicht bestanden.

Aus aller Welt

Ein Pferd für 2,17 Mark!

Ein Rekord-Preis, wie er glücklicherweise nicht allzuoft vorkommt, wurde in Schweden für ein Pferd erzielt. Der Besitzer, ein Landwirt, verkaufte seinen alten Gaul für 2,17 Mark. Obgleich es sich wirklich nicht um ein besonders wertvolles Exemplar der Pferderasse handelte, war das Pferd ein durchaus brauchbares Arbeits- und Zugtier, und der Bauer hat es nur verkauft, weil er es nicht mehr ernähren konnte und jeden Pfennig, auch 2,17 Mark, dringend für sich selber brauchte.

Elf Kinder ertrunken

Die niedrigen Temperaturen der letzten Tage haben Flüsse und Seen teilweise mit einer dünnen Eisdede überzogen. Die Eisflächen sind jedoch noch keineswegs tragfähig. Auf dem Alt-Rhein bei Frankenthal brachen zehn Kinder ein, sechs von ihnen ertranken. In Senheim, Kreis Zell an der Mosel, ertranken fünf Kinder im Dorfteich. Fünf andere, die ebenfalls eingebrochen waren, konnten gerettet werden.

Drei Kinder beinahe erstickt

In Abwesenheit der Eltern spielte der älteste Sohn des Bierfahrers H. in Schwiebus mit Streichhölzern und legte das Bett seines jüngsten Bruders in Brand. Hausbewohner wurden aufmerksam, schlugen die Stubentür ein und retteten so die drei Kinder vor dem Tode des Ersticken.

Felssturz bei einem spanischen Dorf

Bei dem Dorfe Alcala del Zucar in Spanien löste sich ein gewaltiger Felsblock, der in das Dorf hineinstolzte und drei Häuser zerstörte. Unter den Trümmern der Gebäude liegen elf Personen begraben. Zwei von ihnen konnten bisher als Leichen geborgen werden.

Fischerboot gesunken

Vor El Ferrol ist im Sturm ein Fischerboot gesunken. Zwei Mann von der sechsköpfigen Besatzung sind ertrunken.

Auf dem Bahnhof Luisenthal auf der Strecke Saarbrücken nach Metz sind zwei Güterzüge zusammen, zwölf Wagen entgleisten und wurden völlig zerkümmert. Lokomotiv- und Zugführer erlitten schwere Verletzungen.

Seit einigen Monaten herrscht in Teheran in Persien eine furchtbare Pestepidemie. Von 422 Pestkranken sind seit dem 1. Oktober 258 gestorben.

Glosse vom Tage

Pressefreiheit! Sechs Monate Rotverordnung

Während der sechs Monate der Geltungsdauer der Rotverordnung sind sozialdemokratische Zeitungen innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches auf insgesamt 449 Tage verboten worden. Insgesamt sind 45 Verbote ausgesprochen worden, 72 Zeitungen, einschließlich der Kopialblätter, sind von diesen 45 Verboten betroffen worden. („Vorwärts.“)

Der Sündenfall

Es könnte auch heißen: Der Mann, der das Gedächtnis verlor. Oder noch besser wäre es, wenn die Sozialdemokratische Partei anordnen würde, daß alle Mitglieder einen Schleier über ihr Gedächtnis vom 1. Juni dieses Jahres rückwirkend ausbreiten würden. Dann würde sich folgendes Bild ergeben, ein Bild, das im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 14. Dezember zum Ausdruck kam:

Bis zum Regierungsantritt Papens herrschte in Deutschland vollständige Freiheit. Unter Braun-Severing und Erzseitzi war das Paradies auf Erden. Die „Rote Fahne“ und die anderen kommunistischen Zeitungen seien nie verboten worden. (Vorausgesetzt natürlich, daß der Schleier um das Gedächtnis oder besser gesagt die Gedächtnisvernebelung flappet.) Kurz: der Geist der Freiheit schwamm in der Butte der Demokratie.

Und dann? Und dann kam der Sündenfall, das heißt Papen. Von einem Tage auf den anderen änderte sich alles grundlegend. Da muß man die Vernebelung noch weiter über den Juni hinaus ausdehnen, um dem Artikel des „Vorwärts“ folgen zu können. Demgemäß ergibt sich folgendes Bild:

Was verfolgte Papen? Natürlich nur die Sozialdemokratie und ihre Presse. „Rote Fahne“-Verbot, Verbot aller theoretischen Zeitschriften der Partei und der Provinzpresse fallen natürlich unter die Vernebelung und kommen daher im „Vorwärts“ nicht vor.

Endlich aber erscheint der Messias in der Gestalt von Scheiter. Besonders seit dem Tage, da er mit Rudi Breitfeld und Leipart konferiert hat, erlegt sich der Geist der Freiheit, wollte sagen der Pressefreiheit, von neuem über Deutschland und schwimmt wieder in Butte. Erleichtert atmet man auf. Die Sozialdemokratie hat eine große Schlacht gewonnen. Bürgerlebensruh herrscht über allen deutschen Gauen, Weihnachtstimmung zieht in die Laubkolonien ein. Die Kurbel vom Anturbelungsleiterkasten geht von der Hand Papens in die Hand der Gewerkschaftsführer über. Friede den Menschenkindern auf Erden!



Der automatische Goldwechsler ist da!

Wir zeigen hier einen Geldwechselapparat, der auf Bahnhöfen und Postämtern aufgestellt werden soll.

„Gnadenbringende Weihnachtszeit“

Die „Wohlfahrt“ treibt Hungernde in den Tod!

Überfüllte Schaufenster warten auf die Käufer — Menschen gehen an der Hungerwohlfahrt zugrunde Werttätige kämpfen mit der kommunistischen Partei für Rettung vor Hunger und Frost

Weihnachten wird von der gesamten bürgerlichen und faschistischen Presse den Armen wieder als das Fest der „Liebe“ und des „Friedens“ gepriesen. In Liegnitz wurde vor kurzem eine sogenannte „Achtwochen“ und in anderen Städten wurden „Gnadenstage“ durchgeführt. Lichterbesetzte Straßen, überfüllte Schaufenster mit Tannengrün festlich geschmückt und ein Strom von Menschen durch die Straßen der Städte wogend, das ist das gewohnte Bild, das die kapitalistische Welt alljährlich kurz vor Weihnachten der Öffentlichkeit zeigt.

In der Nähe betrachtet, sieht diese glänzende Welt etwas anders aus. Die durch die Straßen wogenden Menschenmassen zeigen keine frohen Gesichter, sie gehen nicht mit großen Weihnachtspaketen nach Hause. Dort vor dem großen Schaufenster, mit all den glänzenden Sachen, drängen sich Arbeiterkinder, hochwachtig mit stehernden Augen. Immer wieder ruft eine Kinderstimme: „Mutter kauf mir die Eisenbahn, das Schokoladepferd, oder dort so ein großes Stück Marzipan.“ Und schaut zu dann die Mutter an, so sieht du in ihren Gesichtszügen die graue Not, das Elend und die Verzweiflung. Die werttätigen Mütter können die Wünsche ihrer Kinder nicht erfüllen, sie haben ja kaum Geld für ein Stückchen Brot, für Milch und eine warme Stube.

Hinter der glühenden Fassade der Weihnachtsgeschäfte, dort in den Wohnungshöhlen der Städte und bei den Landarbeitern auf den Dörfern, sieht es noch ganz anders aus. Dort denkt man nicht an die „Gnadenbringende Weihnachtszeit“. Hier die Beweise:

Ein Arbeiter greift zum Strid weil er das tägliche Brot nicht mehr beschaffen kann

Görlitz. In der Nacht vom 10. zum 11. Dezember versuchte der 35jährige Wohlhabensempfänger Maurer Paul Paulich sein Leben freiwillig zu beenden. Erwerbslose Kollegen kamen noch rechtzeitig hinzu, schnitten den Strid ab und brachten ihren Kollegen wieder zum Bewußtsein. Der Arbeiter hatte seinen Angehörigen folgenden Brief hinterlassen:

„Liebe Alma und Ernst!
Bin gezwungen, mich aus meiner schlimmen Lage zu befreien, da ich nicht mehr imstande bin, für Euch das tägliche Brot zu erhalten. Trotzdem ich mir große Mühe gegeben habe, mit Euch Leben ein einigermaßen gutes Leben zu führen, war es mir nicht gegönnt, das zu erfüllen. Dem ganzen Kummer, der mir bereitet ist, will ich ein kurzes Ende machen, indem ich aus dem Leben scheiden muß.“

Dieser Vorfall ereignete sich in der Gemeinde Wiesnitz bei Görlitz. Der Gemeindevorsteher Wilhelm Fiebig geht gegen die Erwerbslosen mit aller Brutalität vor. Die Anträge der Erwerbslosen lehnt er ohne jede Prüfung einfach ab. So kommt es oft vor, daß Erwerbslose sechs Wochen lang ohne einen Pfennig Unterstützung dastehen. Ihre Familien müssen buchstäblich verhungern. Das muß diese Menschen zur Verzweiflung bringen!

Kriegsveteran nagt am Hungertuch

Herrnstadt. Der Kriegsinvalide Alois Maier kämpfte seit dem 6. August 1914 im Regiment 10 als 42jähriger Freiwilliger an der Westfront und wurde am 8. 1. 1915 schwer verwundet. Durch die Verwundung in einem Granatfeuer erlitt dieser Arbeiter so schwere Nervenankfälle, daß er jetzt noch darunter zu leiden hat. Nach zweijährigem Lazarettaufenthalt wurde derselbe gänzlich G. und R. untauglich, entlassen. Das Leiden verschlimmerte sich von Jahr zu Jahr, so daß der Arbeiter seit 1921 dauernd bettlägrig ist, da beide Beine gelähmt sind. Vom Jahr 1928 ab erhielt Alois Maier die 100prozentige Rente und die 3. Pflegezulage. Am 1. Juli 1932 wurde die Pflegezulage, sowie die Invalidenrente gänzlich entzogen, so daß der Arbeiter noch 57,60 Mark pro Monat an Rente erhält. Davon müssen 30 Mark allein für Miete bezahlt werden. Der Arbeiter hat zwei Knaben im Alter von 16 und 17 Jahren. Der ältere wurde, nachdem er ausgeleert hatte, sofort entlassen. Unter größter Erbitterung teilt der Arbeiter mit, daß er gezwungen war, diesen Jungen auf die Landstraße zu schicken, da er ihn nicht mehr ernähren konnte.

Zur Linderung der großen Schmerzen erhielt der Arbeiter bisher zwei Spritzen Morphium. Auch diese wurden ihm jetzt entzogen. Vor einigen Wochen wurde der Arbeiter von seiner Frau nach dem Sankt Georgs-Krankenhaus, Breslau, transportiert. Schon nach acht Tagen mußte er trotz größter Schmerzen wieder nach Hause, da das Versorgungsamt in Breslau sich weigerte, die Kosten zu bezahlen. Trotz der jahrelangen großen Leiden hat dieser Kriegsinvalide die Hoffnung auf Erlösung aus dieser Not und dem Elend durch eine deutsch Arbeiter- und Bauern-Republik nicht verloren!

Einem Invaliden wird die Rente gepfändet

Birkholz. Der christliche Gemeindevorsteher A. Knittel, der Mitglied des Kirchenvorstandes ist, verweigerte dem Rentenempfänger Paul G. undmann die Auszahlung seiner Rente. Im Juli fuhr dieser zu seiner Schwester nach Berlin. Er hatte dabei das Unglück krank zu werden, und mußte dort ins Krankenhaus geschafft werden. Die Verwaltung dieses Krankenhauses schickte nun die Rechnung für den Aufenthalt und die Behandlung an die Gemeinde Birkholz.

Der christliche Gemeindevorsteher schickte die Rechnung wieder zurück und forderte die Krankenhausverwaltung auf, die Rente Grundmanns pfänden zu lassen, was jetzt auch geschehen ist.

Als der Invalide zurückkam, erhielt er für den Monat noch guttje 4,60 Mark, mit 1,15 Mark die Woche soll er existieren. Der christliche Gemeindevorsteher dagegen hat eine Tischlerlei und ist dreifacher Hausbesitzer. Die christlichen Arbeiter leiden dieselbe Not, wie die kommunistischen und sozialdemokratischen. Hier kann nur der gemeinsame Kampf helfen.

Kleine Geschäftsleute am Abgrund

Hohgiersdorf, Kreis Schwedt. Von einem Invaliden, der gezwungen ist, nebenher ein kleines Geschäft zu betreiben, um existieren zu können, erfahren wir: Die Gemeindebehörde, an deren Spitze ein Sozialdemokrat und ein Zentrumsmann steht, ließ am 13. Dezember meinen Speiseschrank und Krauthobel versteigern, weil ich von meiner Rente die 27 Mark Bürgersteuer nicht bezahlen konnte. Die „Kartellkommission“ verwarf meine Beschwerde mit dem Hinweis, nach Paragraph 41 müsse ich die Bürgersteuer bezahlen. Meine erste Beschwerde vom 4. Juni wurde einfach nicht behandelt. Der Kreisaußschuß, den ich schriftlich angerufen hatte, gab mir überhaupt kein Gehör. Ich bezahle monatlich eine Knappschaffs- und Reichsrente in Höhe von 63,55 Mark. Meine Frau ist am 21. Juli nach einer Operation gestorben. Die Kosten muß ich in monatlichen Raten von 5 Mark bezahlen. Wegen dem Umbau meines kleinen Häuschen mußte ich eine Anleihe aufnehmen. Dafür muß ich jetzt noch monatlich etwa 7 Mark Zinsen bezahlen. Der kleine Auschank von Flaschenbier und alkoholfreien Getränken deckt manchmal nicht einmal die Betriebskosten. Auch das ist ein typischer Fall, der zeigt, wie selbst die kleinen Geschäftsleute an den Abgrund gebracht werden.

Christliche Heuchelei

Beuthen, Bezirk Liegnitz. Die hiesige evangelische Kirche verteilte anlässlich des Erntedankfestes Gaben an die Armen. Eines Tages erschien die Gemeindevorsteherin bei einem Wohlhabensempfänger, um sich nach dem Befinden der sechs vorhandenen Kinder zu erkundigen. Im Verlauf des Gesprächs teilte die Gemeindevorsteherin der allein

Faschismus bedeutet Hunger, Elend, Untergang

Hunger und Elend herrscht aber nicht nur in dem kapitalistischen Deutschland. Von den Nazis wird immer wieder Italien als das „befreite Land“ gepriesen. Die Nazis wollen jetzt, durch Unterstützung der Schleicher-Regierung solche Zustände, wie sie in Italien herrschen, in Deutschland herbeiführen. Wir haben jetzt den Brief eines jungen Arbeiters erhalten, der vor einigen Monaten nach Italien wanderte, in der Hoffnung, dort in dem faschistischen Land sein Glück zu machen. In dem Brief an seine Eltern in Ramsau schreibt er unter anderem:

„Ich befinde mich seit einem Monat zu Livorno im Gefängnis. Ich will Euch kurz einiges von meiner traurigen Geschichte mitteilen. Italien ist ein sehr schönes Land. Ich bin an der Küste des Meeres gewandert. Zwanzig Kilometer hinter Livorno ging ich zu einer besseren Familie, um etwas zu essen zu bekommen. Ich erzählte, daß ich von Deutschland sei. Darauf übergaben diese mich sofort der Polizei. Diese beförderte mich nach Livorno ins Gefängnis, weil ich keinen Paß hatte. Nach vier Tagen überfiel mich eine schlimme Krankheit, von der ich bis heute noch nicht hergestellt bin. Die Gefängnisverwaltung stellte weder einen Arzt noch Medizin, noch sonst etwas. Die Nahrung besteht aus Wasser, trockenem Brot und einer Suppe, die kein Fettgehalt hat. Die Zelle, in der ich bin, ist klein und alles von Ungeziefer verfault. Ich habe mich an das deutsche Konsulat gewandt, die helfen mir aber auch nicht. Nun schmachte ich schon über einen Monat in dem Gefängnis. Von italienischen Arbeitern habe ich gehört, daß hier schon viele gestorben sind...“

Dieser verzweifelte Brief des jungen Arbeiters, zeigt deutlicher als viele Worte, wie es in Wirklichkeit um die italienische Arbeiterklasse steht. Sie leiden nicht nur unter dem unerträglichen Hunger und Elend, sondern auch ganz besonders unter der faschistischen Knute, die ihnen verbieten will, sich zur Wehr zu setzen.

Eine Arbeiter- und Bauernrepublik... das ist die einzige Rettung!

Der einzige Staat auf der Welt, in dem die Arbeiterklasse und das Bauerntum wirklich befreit ist, das ist Sowjetrußland. In der Sowjetunion existiert kein Kapitalismus mehr. Dort wurden die Unternehmer und Großgrundbesitzer vor 15 Jahren von

Aus dem Görlitzer Stadtparlament

Stadtobersekretär Frömmelt unterschlug 57 168 Mark

Görlitz. Die Stadtverordnetenversammlung am 9. Dezember verließ sehr ruhig und war schon nach ¼ Stunden beendet. Es wurden verschiedene Wahlen, so die eines Bezirksvorstehers und Schiedsmanns vorgenommen. Ebenfalls wurde zu Jagdberachtungen Stellung genommen und Beschlüsse gefaßt.

Eine kleine Anfrage über die Unterschlagungen des Stadtobersekretärs Frömmelt, der bekanntlich sich zu den Nazis zählt, ergab, daß die Untersuchung der Unterschlagungen in dem vom Landgericht beschlossenen Voruntersuchungsverfahren erfolge. Dies sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Das Landgericht habe gegen Frömmelt Untersuchungsmaßnahme angeordnet, die dieser jedoch nicht im Untersuchungsgefängnis, sondern in der Zell- und Pflegeanstalt in Zwickau verbringe, wohin Frömmelt zur Untersuchung seines Geisteszustandes überwiesen worden sei. Nach den bisherigen Ermittlungen, die als vorläufiges endgültiges Ergebnis angesehen werden können,

beträgen sich die Unterschlagungen auf insgesamt 57 168 RM.

Die Unterschlagungen gäben bis auf das Jahr 1928 zurück. Die Ermittlungen werden fortgesetzt. Frömmelt, der nach außen hin ein sehr solches und zurückgezogenes Leben geführt habe, häufte im Geheimen in größerem Umfang Verfehr mit leichtfertigen Frauen ge-

anwesenden Frau mit, daß, wenn ihr Mann nicht Kommunist wäre, sie von den Gaben auch etwas erhalten hätte. Das also ist die vielgepriesene „christliche Nächstenliebe“. Ähnliche Vorkommnisse gab es auch in Fraustadt.

Dieser Vorfall zeigt, daß es den christlichen Heuchlern nicht darum zu tun ist, die Not und das Elend der Armen zu lindern, sondern diese vom Kampf um eine bessere Lebenssituation abzuhalten.

Auch die christlichen Arbeiter müssen sich unabhängig von ihrer Weltanschauung einreihen in die Einheitsaktion, zur Rettung vor Hunger und Frost.

Brot, Kartoffeln, Kohle

verkommen im Überflus!
Millionen hungern!

Erwerbslose, kämpfen
gemeinsam für die Öffnung der
Speicher und Mälden!

der vereinigten Arbeiter- und Bauernmacht enteignet und zum Teufel gejagt. In 15 Jahren heroischer Opfer und Arbeiten haben die russischen Arbeiter und Bauern die Grundlage für den Sozialismus geschaffen. Die Betriebe, der Grund und Boden gehören nur dem Arbeiter und Bauern. Während in den kapitalistischen Ländern Millionen Erwerbslose hungern und deren Kinder elend zugrunde gehen müssen, sind in Sowjetrußland nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden, um jeden vorhandenen Arbeitsplatz auszufüllen. Die Produkte, die in Sowjetrußland mit Hilfe der fortgeschrittenen Technik gewonnen werden, fließen auf dem kürzesten Weg, durch neue Eisenbahnlinien, die in den letzten Jahren gebaut wurden, den Werttätigen, den Arbeitern und Bauern zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse zu. In diesem Land, wo die Arbeiter und Bauern herrschen, gibt es keinen Hunger und Elend, gibt es keine Verzweiflung, dort arbeiten alle mit am sozialistischen Aufbau, an der Verwirklichung des zweiten Fünfjahresplanes, um so die Klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, herbeizuführen. Dieser Sieg der russischen Arbeiter- und Bauern-Republik gegenüber dem kapitalistischen Hungerelend, war nur mit Hilfe der Führung durch die kommunistische Partei möglich.

Auch in Deutschland müssen die Werttätigen diesen Weg beschreiten. Nicht das freiwillige Auscheiden aus dem Leben bringt Befreiung aus der schlimmen Lage, wie das der Maurerkollege Paul Paulich in seinem Abschiedsbrief geschrieben hat, nicht die Verzweiflungstimmung schafft andere Verhältnisse. Nur durch den klaren Weg des gemeinsamen Kampfes gegen Hunger und Frost, durch den entschlossenen Kampf gegen die sozialdemokratischen Verräter am Kapitalismus, die in ihren Zeitungen jetzt lächelnd von „großen Erfolgen“ der SPD-Reichstagsfraktion um die Winterhilfe reden und dadurch die Hungernden vom außerparlamentarischen Kampf um wirkliche Winterhilfe abhalten wollen, ist es möglich, die Werttätigen vor Hunger und Frost zu retten.

SPD-Staatsbeamter mit im Bunde

Görlitz. Wegen Unterschlagung von Amtsgeldern ist der Gemeindevorsteher und Polizeibeamter von Nauscha, der der SPD angehört, aus seinem Dienst entlassen worden. Die Höhe der Unterschlagungen beträgt bis jetzt etwa 1000 RM.

Hier zeigt sich wieder einmal, daß ein Teil der SPD-Staatsbeamten gleich korrupt sind, wie die faschistischen. Mit der Krise des Kapitalismus wächst auch das Parasitentum, das sich zu allen Mitteln bekennt, um ein Stückleben zu führen. Um so entscheidender müssen alle Werttätigen, insbesondere die SPD-Arbeiter, den Kampf gegen das kapitalistische System gegen das Parasitentum aufnehmen.

Ortsgruppe Jauer, der SPD, hat noch folgende Instrumente zu verkaufen: Zwei Kompaten in B, ein Flügelhorn in B, ein Alt Horn in B, eine Kontrabass, eine Pauke und Becken, sowie drei kleine Trommeln und Pfeifen. Anfragen sind zu richten an Genossen Richard Dietz, Jauer, Mühlentorstraße 18, Block 4.

Arbeiterrat der Melchior-Grube fordert volle Erwerbslosenunterstützung für die Bergarbeiter im Krümpermonat

Waldenburg. Der Arbeiterrat der Melchiorgrube beschloß einstimmig, folgenden Antrag an den Reichstag:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Den Bergarbeitern des Waldenburger Reviers, die durch den Bierhausplan gezwungen sind zu krümpern, wird vom ersten Tage des Werksurlaubes an die volle Erwerbslosenunterstützung gezahlt.“

Bergarbeiter, stellt euch geschlossen hinter diese Forderung und beteiligt euch rege an der Unterschriftensammlung.

Wie die SPD um Winterhilfe für Erwerbslose kämpft

Schwarzwaldbau. Um der ungeheuren Not der Erwerbslosen, die besonders jetzt im Winter infolge Mangel an Schuhwerk, warmer Unterkleidung und Feuerungsmaterial aufs höchste gestiegen ist, entgegenzutreten, hat der hiesige Erwerbslosenausschuß in der von ihm geforderten Gemeindevertreterversammlung einen Antrag auf Gewährung einer Winterhilfe für die hiesigen Erwerbslosen eingebracht. Gemeindevorsteher Kühn versuchte nun in der am 10. Dezember stattgefundenen Sitzung den Antrag nicht erst zur Beratung zu stellen, mit dem Hinweis, der Erwerbslosenausschuß hätte kein Recht (!), eine Sitzung zu fordern. Gegen solche willkürliche Maßnahmen protestieren die übrigen Ortsbewohner aufs heftigste. Die Bevölkerung ist schließlich nicht wegen der Vertretung da, sondern umgekehrt ist es Aufgabe der Gemeindevertreter als gewählte Personen, zu beraten, wie die Not der Gemeinde, zu welcher auch die Erwerbslosen gehören, beseitigt wird. Sonst heißt es abtreten! Die SPD-Fraktion, welche zu dem Antrag der Erwerbslosen nichts zu sagen wußte,

ließ durch ihren Vertreter Wittig erklären, die Erwerbslosen hätten nichts zu fordern, sondern nur zu bitten.

Es ist sozialdemokratisch! Seit Tagen schreibt die „Volkswacht“ und „Bergwacht“ von SPD-„Erfolgen“ im Reichstag. Das Verhalten der SPD-Vertreter in Schwarzwaldbau und in einer Reihe anderer Gemeinden im Waldenburger Hungerland zeigt deutlich, daß die SPD an einer wirklichen Hilfe für die hungernden und frierenden Erwerbslosen kein Interesse hat. Für sie handelt es sich bei der „Winterhilfe“ nur um Agitationspropaganda. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen das auf Grund der Vorgänge in Schwarzwaldbau erkennen und mit den Kommunisten kämpfen.

In ihrem Antrage forderten die Erwerbslosen Jubilation von Naturalien wie Brot, Kartoffeln, Kleidung und Heizungsmaterial. Uebernahme der Arznei und Rezeptgebühren durch die Gemeinde.

Infolge ungenügenden Verständnisses der Gemeindevertreter für die Notlage der Erwerbslosen ließ man den Antrag fast reiflos unter den Tisch fallen. Beschlossen wurde nur, zu versuchen, 100 Meter Fenchel zu beschaffen. Damit ist den Erwerbslosen bitter wenig getan. Der Hunger und Haß wächst weiter durch die Wästen. Zeit geht, Erwerbslose, schmiedet die Einheitsfront zu außerparlamentarischen Kämpfen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Polsniger Winterhilfsschwindel!

In mehreren Blättern wird über eine Sitzung des Ausschusses für „Winterhilfe“ berichtet, welche unter der Leitung des Gemeindevorstehers stattfand.

Auf alles wollen wir nicht eingehen, trotzdem viel zu sagen wäre. Nach dem Schwindel, daß die Arbeitslosen 200 Festmeter Holz durch Selbstabholung erhalten hätten, müssen wir etwas erwidern. Das Holz mußten die Arbeitslosen angemessen bezahlen, und zwar je nach Güte des Holzes mit 1,50 bis 3 Mark pro Meter. Wer die Kosten des Fürstentümer Grundes kennt, wird sich ein Bild davon machen können, wie schwer diese Arbeit war.

Durch diese Art „Winterhilfe“ hat die Fürstliche Forstverwaltung ohne Mühe mehr verdient, als wenn diese hätte das Holz schlagen lassen und auf dem bekannten Wege verkaufen müssen.

Das beweisen die vielen Meter, die unvertaucht stehen!

Ferner wird berichtet, daß 537 Karten für verbilligtes Fleisch ausgeben worden sind. Dazu sei festgestellt, daß es sich um Reichsmarken und nicht um örtliche Winterhilfe handelt. Ebenfalls verhält es sich mit den Brotmarken, welche vom Kreiswohlfahrtsamt sind.

Eine besondere Art von Missetat zieht die Frau des Gemeindevorstehers auf, indem arbeitslose Mädchen gezwungen werden, Strümpfe und Socken zu stricken und kindersachen aus Wachsengewebe herzustellen.

Steigert die Hilfsaktion für die politischen Gefangenen

Königszell. Die Ortsgruppe der Roten Hilfe Königszell meldet: Seit dem 6. November 1932 wurden 8 neue Mitglieder gewonnen. Auf Grund der von der Roten Hilfe eingeleiteten Sammelaktion wurde uns ein Sockel von 25 Mark geschenkt. Die Ortsgruppe Laasau schloß einen Wettbewerb mit uns ab, das gestellte Sammelfeld zu erfüllen und darüber hinaus zu überholen. Wir melden bis jetzt: Zula 40 Mark gesammelt und davon bereits 31 Mark an das Bezirkskomitee abgerechnet. Außerdem wurden Waren wie Wurst, Butter, Kleidungsstücke, Rauchwaren usw. gesammelt und bereits abgeliefert. Wir sprechen allen denen, welche je nach ihren Kräften zum Erfolg dieser Sammlung beigetragen haben, unseren proletarischen Dank aus.

Besonders gute Sammelergebnisse melden die Genossinnen Richter mit 13,50 Mark, Friedrich A. mit 4 Mark, Friedrich J. mit 6 Mark und der Genosse Biedermann sämtliche Waren sowie 4 Mark in 2 Tagen gesammelt. Wir haben beschlossen, uns mit diesem Ergebnis noch nicht zufrieden zu stellen, sondern die Sammlung noch zu steigern.

Rote Hilfe auf dem Lande

Gottesberg. Die Ortsgruppe Gottesberg der Roten Hilfe hat zweimal eine Landpropaganda durchgeführt, die folgendes Ergebnis hatte: In Kohlau wurde für 4,10 Mark Literatur umgesetzt und 2,70 Mark gesammelt. In Konradswaldau wurde für 2,70 Mark Literatur umgesetzt. Das unbefriedigende Ergebnis in Konradswaldau,

Hieraus kann man ersehen, mit was für Federn sich unser „Winterhilfskomitee“, an dessen Spitze unser Gemeindevater steht, schmücken will. Alles auf Kosten der Erwerbslosen, und den andern wird Sand in die Augen gestreut.

Die Erwerbslosen müssen sich zusammenschließen und gemeinsam für wirkliche Winterhilfe, für Deffnung der überfüllten Kohlenhalben und Getreidespeicher kämpfen!

Zeichen der bitteren Not

Waldenburg. Die Erwerbslosen St. und N. aus Waldenburg-Altwasser hatten innerhalb zwei Jahren eine große Anzahl Diebstähle ausgeführt und standen am 12. Dezember vor der Großen Strafkammer in Waldenburg. Sie besuchten die Orte Neuhendorf, Sandberg, Schenkendorf, Burtersdorf, Zeitendorf, Erlensdorf, Rynau und Waldenburg-Altwasser. Ihre Beute bestand aus einem zahmen Reh, Kaninchen, Gänsen, Hühnern, Fleischwaren, Kartoffeln, zwei Fleischbeschauermessern, einem Treibriemen und fünf Flaschen Rum bzw. Punsch. Die Angeklagten geben an, das Viebesgut nur zur Ernährung ihrer Familien gebraucht zu haben, da sie sich in bitterer Not befanden. Besonders verwerflich an ihrer Handlungsweise ist, daß sie auch arme Leute durch ihre Diebstähle schädigten.

Der Vertreter der Anklage beantragte für die Angeklagten je drei Jahre und neun Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte St. zu einem Jahr und sechs Monaten, N. zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis.

Schuld an diesen Verbrechen ist das System, das dem Volke nicht Arbeit und Brot geben kann.

Nochmals Winterhilfe in Giersdorf

Giersdorf, Rynau. Der Artikel über die Winterhilfe der Gemeinde Giersdorf (Rgh.) hat die Gemüter sehr bewegt. Wir bemerken zu den Feststellungen folgendes: Unser Kampf richtet sich nicht gegen Mitleidlichen, Kleinbauern usw., sondern gegen die Organisationen, die in den Parlamenten jede Steuer- und Zollpolitik der Kapitalisten gutgeheißen und durchgeführt haben, und noch durchführen. Damit rauben sie dem Arbeiter und Kleinbauern jede Existenz- und Lebensmöglichkeit. Braun und Sebering, die Führer der SPD, die auf dem Reichsgericht in Leipzig erlärten:

Grenzland-Erwerbslose im Kampf um Winterhilfe

Mitglieder des „Winterhilfsausschuß“, darunter der Reichsbannergeneral Weber, als treue Lakaien der Barone — Erwerbslose schließen sich zusammen zum Kampf um wirkliche Winterhilfe

Suhrau. Nachdem die Erwerbslosen hier in der Einheitsfront erfaßt und durch den Erwerbslosenausschuß dem Landrat ihre wirkliche Winterhilfsforderungen unterbreitet und das Mißtrauen ob der im vorigen Jahre vorgekommenen unerhörten Schiebung mit den gesammelten Winterhilfsbüchern gegen den „Winterhilfsausschuß“ vorgebracht haben, nahm der feudale freiherrliche Landrat in der Sitzung vom 26. 11. mit dem „ehrenwerten (!) Winterhilfsausschuß“ zu den Forderungen der Erwerbslosen Stellung. Sein Geschrei und Entsetzen klang aus in der Drohung, gegen den Erwerbslosenausschuß mit der Polizei und Staatsanwaltschaft vorzugehen. Der Baron (!) erklärte, daß er keinerlei Erwerbslosenausschuß anerkennen werde, und lehnte alle Forderungen der Erwerbslosen ab. Er fürchte keine Demonstrationen, sagte er. Mit der Polizei will er die Armen, die gegen den Hunger kämpfen, ausein-

ander treiben lassen. Nichts haben die Erwerbslosen, nach seiner Meinung, zu fordern, nichts zu verlangen. In der Sitzung erklärte er, daß im „Winterhilfsausschuß“ nur Ehrenmänner sitzen. Oh! Weh! Herr Baron, wissen Sie nicht, daß Herr v. Ihr Stellvertreter und strenger Katholik, mit seiner Nichte ein Verhältnis im Hause hatte, das nicht ohne Folgen blieb? Die arme gelähmte Ehefrau des Heger mußte das dulden. Vor 14 Tagen hat nun Heger dieses Verhältnis überbunden und seine Nichte, der er Ruf und Ehre genommen hat, durch den Gerichtsvollzieher auf die Straße setzen lassen. Das tat er aber nicht etwa um sich zu bessern und mit seiner Frau sich auszuheilen. Nein, das geschah, wie man hört, weil ein anderer Vordächler nicht in der Nähe seines Büros angestellt ist. Die Tochter eines Försters ist natürlich begehrenswerter, als die Nichte. Jetzt will sich Heger von seiner armen gelähmten Frau scheiden lassen. Die Nichte des Heger ist im Waisenhause gelandet. Das zeigt, daß solche Herren über Leichen gehen, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Darum ist dieser Herr auch des Lobes eines Barons wert.

Jetzt kommt Nummer zwei vom „Winterhilfsausschuß“. Das ist eine bekannte Größe, der sich prahlend alles nennt, großer Hausbesitzer in Berlin, Nähmaschinen-, Fahrrad- und Grammophonhändler ohne Gewerbe, Zeitschriften- und Versicherungsbereiter, „Oberpost“-Verichtshalter, Konsum-Überbörse, Rechtsberater, Agitationsredner für SPD und Reichsbanner. Es handelt sich hier um den Reichsbannergeneral, Arbeitsdienstpflichtiger-Major und Großchen-Angestellten Georg Weber. Dieser Weber hatte es fertig bekommen, als Vertrauensmann der SPD, an Stelle Baumann, die Arbeiter schmächtig zu verraten und den Erwerbslosen und dessen Ausschuß in den Rücken zu fallen.

Er war es, der vor dem Landrat zu Kreuze kroch und ihm beipflichtete, damit der Erwerbslosenausschuß nicht anerkannt und keinerlei Winterhilfsforderungen bewilligt werden.

Erwerbslose, nun wißt ihr, wer gegen euch im hiesigen Kreise arbeitet, um sich beliebt zu machen und Posten zu erjagen. „Kommunistenmacher“ nannte Weber den Erwerbslosenausschuß. Er war es auch, der die Parole ausgab: „Die SPD-Proleten dürften dem Erwerbsausschuß nicht angehören“ und damit allen Hungernden im Interesse der Barone und Junker in den Rücken fiel.

Das alles sind tatsächlich sehr „ehrenwerte Gestalten“ die hier den Winterhilfsausschuß zieren, der ja nur hinter geschlossenen Türen tagt.

Erwerbslose, Frauen und Kinder! Heraus zum Protest! Euer gewählter Ausschuß handelt nur in eurem Interesse. An euch liegt es, jetzt die Forderungen durch gemeinsamen Kampf durchzubringen!

Und am Sonntag?

jeder Arbeiter eine Groschenbroschüre vom Lit. obmann der K.P.D.

„Wir haben zehn Jahre lang treu die Reichspolitik (des Politik der Kapitalisten) vertreten und verteidigt, wenn dieselbe sich auch manchmal zum Schaden der eigenen Partei auswirkte.“

Berktätige von Giersdorf, hätten diese Führer 10 Jahre lang ihre ganze Kraft für die Arbeiterklasse eingesetzt, zum Schaden der herrschenden Klasse, so wären die ganzen Wohlfahrtsorganisationen, angefangen von dem vaterländischen Frauenverein bis zur sogenannten Arbeiterwohlfahrt überflüssig. Kranke Klassenorganisationen könnten dann die „Wohltätigkeit“ dieser Organisationen ganz gut entbehren. Wir sind der Meinung, daß kranke Klassenorganisationen, die ihre Gesundheit dem Kapitalismus geopfert haben, auf Kosten dieser Gesellschaft auch wieder hergestellt werden müssen. Oder glaubt ihr, daß ein halbes Pfund Butter oder ein Brot einen kranken Menschen gesund machen könnte? Elende Heuchelei ist es, wenn man dem Kleinbauern durch die oben erwähnte Politik das letzte Pfund Butter nimmt, und er mit sogenannter „Wagenchmiere“ für's Lieb nehmen muß. Auch das freiwillige Auscheiden aus diesem Jammerthal, wie es vergangenen Sonntag passiert ist, ist nicht der Ausweg. Der Weg der beschritten werden muß, um unsere Lage zu verbessern, ist der Kampf um die kleinste Forderung! Arbeiter, Kleinbauern, Erwerbslose, schließt fest die Reihen, kämpft zusammen in der außerparlamentarischen Aktion für eure berechtigten Forderungen: „Für Arbeit, Freiheit und Brot“ für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Hilfsbereit zu jeder Zeit!

Gottesberg. Die hiesige Arbeiter-Samariter-Kolonie hielt am vergangenen Sonntag ihre letzte diesjährige Monatsversammlung ab. Ein von Genossen Wenzel gehaltenen Vortrag über „Diphtherie“, sowie vom Genossen Schäl über „Zivilen Luftschutz“, fanden regen Beifall und zeigten, was für Aufgaben der Samariter nach zu seinem Wissen benötigt. Ueber das letzte Thema entspann sich eine rege Aussprache, die sich mit aktiver Beteiligung befaßte für den allgemeinen Wasschutz. Besonders gerügt wurde das Verhalten der hiesigen Feuerwehr, welche als einzige in der ganzen Umgebung einer Zusammenkunft mit der Kolonie passiv gegenübersteht. Die Generalversammlung wurde auf den 15. Januar festgesetzt. Die Verammlung beschloß, des öfteren Vorträge in derartiger Form abzuhalten. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Als Redaktion sind wir gezwungen, festzustellen, daß das Eintreten des NSD für den „Zivilen Luftschutz“ nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Hinter dem Titel: „Zivilen Luftschutz“ verbirgt sich die offene Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gegen Sowjetrußland. Wollen sich die Arbeiter-Samariter an einem solchen Krieg mit schuldig machen? Wir können das nicht glauben! Auch die Arbeiter-Samariter müssen mithelfen, einen Krieg gegen Sowjetrußland durch entschiedenen Kampf gegen das kapitalistische System zu verhindern!

waldau, welches etwa sechsmal mehr an Einwohnern zählt als Kohlau, ist auf die bisher schlechte Bearbeitung dieses Ortes zurückzuführen. Die Einwohner hatten keine Ahnung über die Aufgaben und den Zweck der SPD und der Roten Hilfe. Das zeigt, daß die Solidaritätsaktion für die Befreiung der politischen Gefangenen noch mehr verstärkt werden muß!

25 Arbeiter saßen sich los von der Kirche

(Arbeiterkorrespondenz)

Fellhammer. Das ist die beste Dichtung der christlichen Arbeiter für das feindselige Verhalten des Zentrums, welches jetzt wiederum anlässlich der Beratung des Gesetzes für die Winterhilfe zum Ausdruck kam. Zentrum und Nazis verhinderten die Beratung des Gesetzes und erreichten die Ubergewehrung an den Ausschuß, so daß die Hilfsbedürftigen noch lange auf Winterhilfe warten können. Ihr Verhalten muß um so mehr den Protest hervorgerufen anlässlich des bevorstehenden Weihnachtstrummels, in dem die Kirche sich nicht genug tun kann in sozialem Empfinden.

Der beste Schlag gegen die Gesellschaft ist der geschlossene Austritt aus der Kirche, wie ihn jetzt 25 Arbeiter in Fellhammer vollzogen haben. Machen wir den Satz von Erich Weinert wahr. Wenn die Millionen den Austritt erklären, die innerlich nicht mehr zur Kirche gehören, das wird für die Reaktion ein Schlag, den kein Gesetz zu verhindern mag!

Weltbrandstifter schüren das Feuer

Gewaltige Zuspitzung des Kriegsschuldenkonflikts — Frankreich und Belgien verweigern Dezemberzahlung — Herrlot gekürzt — England droht mit Eintreibung der Kriegsschulden — Nur eine Kraft kann die Kriegslasten beseitigen: Der internationale Kampf des Proletariats!

Paris, 15. Dezember. Die letzten 24 Stunden haben eine gewaltige Verschärfung des imperialistischen Konflikts in der Kriegsschulden- und damit auch gleichzeitig in der Tributfrage gebracht. Heute morgen um 5,15 Uhr nahm die französische Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen den Beschluß an, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldentrate an die Vereinten Staaten nicht zu zahlen. Da die Regierung Herrlot für die Einhaltung des Zahlungstermins eintrat und die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde sie durch diesen Beschluß gestürzt.

Das belgische Kabinett Broqueville beschloß ebenfalls, die Kriegsschuldentrate am 15. Dezember nicht zu zahlen und erklärte gleichzeitig seinen Rücktritt.

Gleichzeitig fand auch im englischen Unterhaus die Debatte über die Kriegsschuldenfrage statt. Der einflussreiche konservative Abgeordnete Churchill richtete an die Regierung die Frage, was sie unternehme, um auch von Frankreich und Italien die Schulden einzuziehen. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain antwortete darauf, das Abkommen über die französischen Kriegsschulden an England bleibe im vollen Umfange bestehen, solange nicht eine allgemeine Revision der Kriegsschulden vorgenommen worden sei. Die Aussetzung der Zahlung der Reparationen und Kriegsschulden solle zwar vorläufig in Kraft bleiben, aber alle aus den bestehenden Abkommen sich ergebenden Rechte werden aufrechterhalten. Die Frage der Kriegsschulden und Reparationen gehöre zusammen.

Diese drei Ereignisse im französischen und englischen Parlament sowie im belgischen Kabinett kennzeichnen die Lage im Kriegsschuldenkonflikt. Von einer Einheitsfront der Schuldnermächte gegen den amerikanischen Imperialismus kann keine Rede mehr sein. Die Aufrollung der Kriegsschuldenfrage hat die gesamten Gegensätze unter den imperialistischen Staaten ungeheuer verschärft. Der französische Imperialismus erklärt, nicht eher zahlen zu wollen, als bis er Tribute von Deutschland erhält. Der englische Imperialismus droht offen und unverhüllt mit der Einziehung der Kriegsschulden Frankreichs, Italiens und fast aller europäischen Staaten. Und hinter diesem Kampf um die Kriegsschulden und Tribute steht der gesamte Komplex der imperialistischen Gegensätze, der Kampf um die Kriegsrüstungen, der Kampf um die Vorherrschaft am Stillen Ozean, der Kampf um die Vormachtstellung am europäischen Kontinent, kurzum, der Kampf der imperialistischen Räuber um die Neuverteilung der Welt, der durch die Zuspitzung im Kriegsschuldenkonflikt eine neue, erhöhte Phase erlangt hat.

Schon droht der amerikanische Imperialismus mit Repressalien auf dem Gebiete des Wirtschaftsboykotts gegen Frankreich und Belgien. Die französische Bourgeoisie betreibt eine unerhört chauvinistische Aufpeitschung und Hege zur Erzeugung einer wahren Kriegsstimmung. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, die zur Sprengung der imperialistischen Abkommen und Abmachungen führte, wird weiter verschärft, und diese Verschärfung peitscht die Imperialisten immer mehr dazu, die Frage der Neuverteilung der Welt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die berechtigten Empörung der werktätigen Massen gegen die zermalenden Kriegslasten und Tribute wird von der Bourgeoisie ausgenutzt, um eine chauvinistische Kriegshege zu entfalten, die in ihren Ausmaßen an die Hege vor Ausbruch des Weltkrieges 1914 und an die Tage vor dem Ruhemarsch 1923 erinnert. Die Verweigerung der Kriegsschuldentrate durch das Parlament der französischen Bourgeoisie hat nicht das geringste zu tun mit der Forderung der französischen Werktätigen auf Annullierung aller Kriegsschulden und Tributlasten. Die französische Bourgeoisie preßt aus den Massen des werktätigen Volkes Frankreichs Milliardensummen für ihre phantastischen Kriegsrüstungen heraus, die dem französischen Imperialismus die Aufrechterhaltung des Versailler Systems und seiner Vormachtstellung sichern sollen.

Niemals kam die Tatsache so deutlich zum Ausdruck wie heute,

daß die chauvinistische Kriegshege, daß die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder, daß der Faschismus den Werktätigen keine Befreiung von den Kriegs- und Tributlasten, sondern nur imperialistischen Krieg, neues Elend und neue Lasten bringen können. Der amerikanische Imperialismus, der 14 Millionen Arbeitslose und Zehntausende von Kriegsveteranen ohne Unterstützung verhungern läßt, fordert die Milliarden-Kriegsschulden nicht, um damit das Elend der werktätigen Massen zu lindern, sondern um sie in den Klauen der nimmerstarken Industrie- und Bankmagnaten zu werfen. Die imperialistische „Lösung“ der Schulden- und Tributfrage sieht so aus, daß der englische Imperialismus, wenn er zahlen muß, von Frankreich und seinen anderen Schuldner die Bezahlung seiner eigenen Schulden fordert, wofür dann Frankreich sich an den Werktätigen Deutschlands schadlos halten will. Niemals ist die Bourgeoisie imstande,

die Tributfrage zu „lösen“, es sei denn durch Krieg, dessen Blutrache von den werktätigen Massen aller Länder bezahlt werden muß.

Nur einen Ausweg gibt es; das ist der Ausweg, der in der Proklamation der deutschen und französischen Kommunisten gezeichnet wird: die enge Verbrüderung der Proletarier Deutschlands und Frankreichs, Englands und Amerikas. In dem das Proletariat jedes Landes in dieser gemeinsamen internationalen Front den Kampf gegen seine eigenen Tributräuber und Kriegstreiber aufnimmt, für die Zerstückung aller imperialistischen Raub- und Tributverträge kämpft, ist es die Kraft und die einzige Kraft, die durch ihren Kampf die Vernichtung aller Tribute und Schuldenabkommen erreicht, die in gleicher Weise auf den Schultern der Werktätigen Deutschlands, wie derjenigen Frankreichs, Englands und Amerikas lasten.

Japanische Drohungen gegen USSR.

Die Wut der Kriegstreiber über die erfolgreiche Friedenspolitik der Sowjetunion

Der neue Erfolg der sowjetischen Friedenspolitik, die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China, hat die Wut der japanischen Imperialisten hervorgerufen, die in jedem Friedensschritt eine Bedrohung ihrer imperialistischen Kriegspolitik erblicken. Der Vertreter des japanischen Außenministeriums hat Erklärungen abgegeben, die als offene Drohungen gegen die Sowjetunion aufzufassen sind. Er sagte u. a.: „Die Elemente, die am meisten den Frieden bedrohen (?), die Sowjetunion und China, haben einander die Hände gereicht. Vor den anderen Mächten steht damit die Frage, wem man die Herrschaft im Osten überlassen soll, den Kräften der Zerstörung oder den Kräften des Aufbaus. Im Vergleich zu dieser Frage ist die mandchurische Frage untergeordnet. China hat einen großen Fehler gemacht und wird sich dadurch die Sympathien der Mächte verschätzen. Litwinow's letztes Interview bedeutet offenbar, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten hoffen, durch gemeinsames Vorgehen den japanischen Kurs auf dem asiatischen Kontinent aufzuhalten. Litwinow bedroht also indirekt Japan.“

Noch deutlicher als diese provokatorischen Erklärungen des Vertreters des japanischen Außenministeriums wird ein halbamtlicher Kommentar der japanischen Regierungspresse, in dem rundweg erklärt wird, Japan habe die notwendigen Vorbereitungen zur Erhaltung des Friedens (was die japanischen Kriegstreiber schon „Frieden“ nennen! Die Red.) im Fernen Osten bereits getroffen. Japan habe nicht vergessen, daß der russisch-japanische

Krieg von 1905 eine Folge des russisch-chinesischen Geheimvertrages von 1896 gewesen sei.

Im Zusammenhang mit den letzten Äußerungen Matsumokas im Völkerbund und gegenüber der weißgardistischen Zeitung „Poslednja Nowosti“ zeigen diese Erklärungen der japanischen Regierung deutlich den Kriegskurs Japans, das sich den imperialistischen Mächten als Vorposten gegen die Sowjetunion anpreist. Die japanischen Kriegsdrohungen lassen deutlich die Gefahr erkennen, die den Werktätigen der ganzen Welt und ihrem sozialistischen Vaterlande drohen. Das Proletariat unterstützt mit allen Kräften die konsequente Friedenspolitik des Sowjetstaates. Es begrüßt den neuesten Erfolg dieser Friedenspolitik, der in der Wiederaufnahme der Beziehungen zu China zum Ausdruck kommt. Das proletarische Vaterland will keinen Krieg, aber die imperialistischen Räuber sollen wissen, daß nicht nur die Werktätigen der Sowjetunion, sondern mit ihnen die Werktätigen der ganzen Welt bereitstehen, um die imperialistischen Anschläge auf das sozialistische Bollwerk des Friedens mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Der „Vorwärts“, der noch vor einigen Tagen die Freiheit besessen hat, zu schreiben: „Moskau sichert Japans Raub“, hat die Dreistigkeit, auch jetzt angesichts der japanischen Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion seine Lügen zu wiederholen. Der „Vorwärts“ vom Dienstagabend bekräftigt den Arbeiterstaat der „Unterwürfigkeit“ gegenüber Japan. Er wiederholt die längst widerlegten Lügen von der Anerkennung Mandchukos durch die Sowjetunion und schreibt: „Sie (die Sowjetunion) hat als erster Staat die mandchurischen Staatsmänner Tokios durch die Zulassung eines besonderen Geschäftsträgers in Moskau praktisch anerkannt.“

Die „Vorwärts“-Redakteure wissen, daß das eine Lüge ist. Es gibt keinen „mandchurischen Geschäftsträger“ in Moskau. Aber den sozialdemokratischen Kriegshekern ist jede Lüge recht, um das proletarische Vaterland zu beschimpfen.

Dem Betrug wird die Krone aufgesetzt, wenn der „Vorwärts“ an die imperialistischen Staaten appelliert, sie sollten Japan Einhalt tun. Diese imperialistischen Staaten sind in Wirklichkeit im Bunde mit den japanischen Räubern. Es gibt nur eine Kraft, die den japanischen und allen imperialistischen Kriegstreibern Einhalt gebieten kann. Das ist die Kampfkraft des internationalen Proletariats.

1. Januar — erster Tag des zweiten Fünfjahresplanes!

Moskau, 14. Dezember. Auf Initiative der Arbeiter einer Reihe Leningrader, Moskauer, Minister und anderer Betriebe wurde der 1. Januar, zugleich der erste Tag des zweiten Fünfjahresplans, zum Stoharbeitstag erklärt. In den Betrieben werden im Laufe der Vorbereitung dieses Tages die sozialistischen Wettbewerbverträge geprüft und erneuert.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

63. Fortsetzung

Seiner Meinung nach war die Stimmung für den bewaffneten Aufruf unter der Arbeiterchaft so günstig, daß sie sich zweifellos auf das Militär übertragen würde, welches die nahe Berührung mit den Arbeitern auf den Barrikaden ohnehin vollständig demokratisiert — wie es bis jetzt immer der Fall gewesen. Die Möglichkeit eines Sieges über die Selbstherrlichkeit und eines Triumphes der Revolution ist also nicht ausgeschlossen.

Darauf wurde ein Beschluß angenommen, die Mehrzahl der Anwesenden — unter denen es viele Frauen gab, die mit den Waffen nicht umzugehen verstanden — zu bitten, die Barrikaden zu verlassen. Dann schlugen die Menschewiken die Wahl des rabulalen Studenten Nikolaj (Palschewskij), der mit ihnen sympathisierte, zum Kommandanten der Barrikaden vor. Er war gewesener Artillerieoffizier und kannte sich daher in militärischen Dingen aus. Mit dreizehn gegen neun Stimmen wurde er gewählt. Die Wahl Palschewskijs, der den Menschewiken nahe stand, zum Kommandanten, die nachher auch von der allgemeinen Versammlung aller Barrikadentämpfer bestätigt wurde, bewies, daß sowohl im „Kampfkomitee“, wie auch unter den Barrikadentämpfern die Mehrheit — dritteln zu neun — zu den Menschewiken gehörte. Durch dieses Verhältnis war der Ausgang des Kampfes schon von vornherein bestimmt.

Die Universität, der Tempel der Wissenschaft, wurde von der Revolution in ihre Stellung umgewandelt, in der im Laufe des Tages über zehntausend Menschen ein- und ausgingen. Gegen Abend ging die Zahl der Kämpfer aber auf zweitausend hinunter. In der Nacht waren noch weniger da, von denen ungefähr hiebenhundert bewaffnet waren.

Nach ich nach langwierigen Sitzungen im „Kampfkomitee“ meinen Tagesarbeit beendet hatte, legte ich mich auf den Fuß-

boden in einem der Hörsäle der Universität. Todmüde von der intensiven revolutionären Arbeit schlief ich sofort fest ein. In der Nacht wurde ich durch ein großes Licht und durch eine ganz seltsame Prozedur, die sich durch die Hörsäle bewegte, geweckt. An der Spitze dieser Prozedur gingen einige Genossen, sie trugen Fackeln und riefen:

„Vorwärts! Wir tragen Bomben! Dynamit!“

Ihnen folgten dreißig Genossen, die auf zehn großen Tafeln in vorsichtiger Weise schwarze Kugeln trugen und ebenfalls „Vorwärts! Bomben! Dynamit!“ schrien.

„Das ist gut, daß wir Dynamit haben — dachte ich, mich wieder auf den Boden legend —, jetzt werden wir uns gut verteidigen können!“

Ich glaube aber, daß es eine Kriegslüge war, die der Kommandant oder jemand anderes ausgedacht hatte. Dank dieser List entstand auch unter dem Offiziersstab die Vorstellung, daß die Barrikadentämpfer so eine Unmenge Dynamit besäßen, daß sie sogar die Zugänge zu den Barrikaden unterminiert hätten.

Am frühen Morgen, es dämmerte kaum, wackelte mich die Genossen. Es kostete sie viel Mühe, mich aus dem Schlaf zu reizen. „Naum! Naum! Naum!“ schrien sie und schüttelten mich fest. „Stehen Sie doch auf! Wie fest er schläft, hol ihn der Teufel! Sie müssen zu einer Sitzung des „Kampfkomitees“, eine dringende und wichtige Frage muß durchgesprochen werden.“

Die Sitzung wurde vom Genossen Djowon-Rogatschewskij eröffnet. Es war an seinem Gesicht zu sehen, daß er die ganze Nacht nicht geschlafen hatte, erschöpft und erregt war. Ich erinnere mich ganz genau — trotzdem inzwischen so viele Jahre verstrichen sind — an seine beiden Reden. Er sagte, die Situation habe sich im Laufe der Nacht vollständig geändert. Die Barrikaden wären, nach Meldung der Auslandskorrespondenten, seit vier Uhr früh von allen Seiten von Militär umzingelt. Bleiben die Barrikadentämpfer auf den Barrikaden, so geht das Militär in Angriff über, und dann müsse der Kampf aufgenommen werden. Es stellt sich aber heraus, daß dies ganz unmöglich sei: wir haben überhaupt keine Waffen. Die Mehrzahl der Kämpfer sind nur mit Jagdgewehren und Schrotbüchsen versehen, mit denen man unmöglich gegen das glänzend bewaffnete Militär kämpfen kann. Der einzige Ausweg bleibt, sich unter sogenannten „ehrenvollen Bedingungen“, die das Militärkommando auch gewähren will, zu ergeben. Die Rolle des Vermittlers zwischen dem Militärkommando und den Barrikadentämpfern will das „Komitee zum Schutz der Stadtbesatzung“ über-

nehmen, das in der „Medizinischen Gesellschaft“ tagt und mit der die Auslandskorrespondenten der Menschewiken in Verbindung standen.

Genosse Awilow sprach sich im Namen der Bolschewiken sehr scharf gegen die Uebergabe der Barrikaden aus. Er drückte seine Bewunderung darüber aus, daß die Menschewiken ihren Beschluß, den sie erst gestern abend faßten, umstürzten. Er wies darauf hin, daß das Risiko und die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes gestern abend nicht geringer waren als heute morgen.

Die Nachricht über einen Barrikadentkampf in Charkow wird in dieser revolutionären Stimmung, in der sich das ganze Land befindet, ein Signal für einen allgemeinen Aufruf sein. Deshalb verlangte Genosse Awilow, daß die Barrikaden nicht kampflös zu übergeben seien. Im Gegenteil: der Kampf muß geliefert werden. Jetzt heißt es: liegen oder sterben!

Die Frage kam zur Abstimmung. Die Bolschewiken stimmten einstimmig für den Kampf, die Menschewiken und Studenten für die Kapitulation.

Als die menschewistische Mehrheit der Studenten erfuhr, daß das „Kampfkomitee“ sich für die Uebergabe der Barrikaden unter „ehrenvollen Bedingungen“ ausgesprochen hatte, stimmten sie ebenfalls dafür.

Bevor die Frage zur Abstimmung kam, machte ich einen Rundgang durch die Barrikaden, um die Stimmung der Kämpfer kennen zu lernen. Nicht weit von unseren Barrikaden, in nächster Nähe unserer Fortposten, erblickte ich die grauen Reihen der Soldaten. Nicht nur ihre Gesichter waren deutlich zu sehen, man hörte sogar jedes Wort, das sie miteinander sprachen. Es war ein kühler Morgen. Eine durchdringende Feuchtigkeit ließ die Barrikadentämpfer und Soldaten vor Kälte zittern. Plötzlich entstand in der grauen Mauer der Soldatenreihen eine Bewegung, die Reihen teilten sich. Durch den entstehenden Riß torfelte ein Pope. Um in den Dom zu gelangen, mußte er unsere Barrikaden passieren. Langsam näherte er sich unseren Fortposten, dem Genossen Dubrowin. Die Blide der Soldaten bohrten sich in ihn. Voller Neugierde beobachteten sie, was er tun, was er sagen werde.

„Halt!“ schrie Genosse Dubrowin und machte sein Gewehr schußbereit. „Zurück! Wohin galoppierst du da du blöder Hengst?“

Ein lustiges Lachen ertönte in den Soldatenreihen, als sie sahen, wie der erschrockene Pope mit kleinen Schritten, sich in seinen Priestertrock verwickelnd, zurücklief.

(Schluß folgt)

Erkämpft euch den alten Lohn

Berlin, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im „Reichsanzeiger“ wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ veröffentlicht. Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Dezember. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 433) tritt hinsichtlich ihres ersten Teiles am 31. 12. 1932, im übrigen am 31. 1. 1933 außer Kraft. Hat ein Arbeitgeber am Tage der Veröffentlichung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Teil der Verordnung vom 5. September Gebrauch gemacht und nachweisbar Aufträge übernommen, während ihm bei Wegfall der Tariflohnunterstützung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf

seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit baldiger Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterstützung unter den bisherigen Voraussetzungen bis zum 31. Januar bestehen bleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.“

Damit wird, wohlgemerkt, nur die gesetzliche Ermächtigung zur Unterschreitung des Tariflohnes aufgehoben. Der auf Grund der Notverordnung vorgenommene Lohnabbau wird aber keineswegs automatisch rückgängig gemacht, sondern die Arbeiter müssen sich den alten Lohn in den Betrieben erst zurückerobern. Es muß sofort die Rückgängigmachung des Lohnabbaues gefordert und durchgeführt werden.

Eisenbahner, heraus zum Kampf!

Breslau. Erhöhung der Beiträge und Senkung der Leistungen der Pensionsklasse steht bei der Reichsbahn auf der Tagesordnung. Das bedeutet, daß von eurem niedrigen Lohn, welches nicht höher als die Erwerbslosenunterstützung ist, ihr noch mehr Abzüge haben sollt. Die Leistungen, die nicht ausreichen zum nackten Leben, sollen gekürzt werden, das bedeutet, daß ihr trotz Erhöhung der Beiträge weniger Pension erhaltet. Gegen diese Maßnahme der Verwaltung müßt ihr den Kampf entfachen.

Die **Belegschaft der Betriebswerkstatt Breslau-Freiburger Bahnhof** beschäftigt sich bereits in ihrer letzten Betriebsversammlung mit dieser Frage und lehnte die Erhöhung der Beiträge und Senkung der Leistungen ab.

Diese Entschliebung darf aber nicht auf dem Papier stehen bleiben. Schaffung eines Kampfausschusses auf betrieblicher Grundlage, d. h. der einzelnen Betriebe, woraus sich ein zentraler bezirklicher Kampfausschuß bilden muß. Der Kampf muß in dem lebenswichtigsten Betriebe, nämlich der Reichsbahn, entfacht werden. Der Kampf kann und darf nicht wegen der späteren Pension scheitern, da der Lohn eines Arbeiters nur 14 bis 18 Mark die Woche beträgt.

Was ist zu verlieren? Nichts!

Könnt ihr mit diesem Lohn noch vegetieren? Nein! Heraus zum Kampf! Sofortige Betriebsversammlungen in allen Reichsbahnbetrieben. Schaffung von Kampfausschüssen in diesen Versammlungen. Die Praxis zeigt, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie stillschweigend mit der Erhöhung der Pensionsbeiträge und Kürzung der Leistungen einverstanden ist.

- Organisiert den Kampf, entfacht ihn!
- Gegen jede Art von Lohnraub!
- Gegen alle weiteren Entlassungen!
- Gegen den Raub der sozialen Einrichtungen und besonderen Vergünstigungen!
- Gegen das Stoppuhrzeitaufnahmesystem!
- Für die sofortige Aufhebung der Dienstbauervorschriften und Einführung der Normalarbeitszeit von sieben Stunden täglich bzw. 40 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich!

Städtische Arbeiter protestieren gegen Waldenburger Schandurteil

Die Betriebsgruppe der KPD des Stadtteils Süd der städtischen Betriebe protestiert gegen das Schandurteil gegen den antifaschistischen Arbeiter Seidel in Waldenburg und fordert die sofortige Freilassung.

Sieben Jahre Zuchthaus für SA.-Mordbuben Rolle

Gleiwitz. Der gegen den SA.-Mordbuben Rolle durchgeführte Sondergerichtsprozess endete am Dienstag sein Ende. Nazi-Rolle wurde bis kurz vor Beendigung des Prozesses und legte dann wieder ein Geständnis ab, in Sosnizza gewesen zu sein und auf die Polizeibeamten geschossen zu haben.

Rolle wurde zu der Strafe von 7 Jahren Zuchthaus wegen verübten Totschlags verurteilt und der, der Mithilfe angeklagte SA.-Mann Probianka zu 4 Monaten Gefängnis.

Der Staatsanwalt legte „Milderungsgründe“ zugrunde, sodas der Strafentwurf von 12 Jahre Zuchthaus auf 7 Jahre reduziert wurde.

Rolle hat in Wälsch und bewußter Weise einen Polizeibeamten niedergeschlagen und lebensgefährlich durch Bauchschuß verletzt und ist nur dem Zufall dem Tode entronnen.

Man vergleiche: Der Genosse Seidel aus Weißstein wurde am 13. Dezember vom Sondergericht Waldenburg zu 10 Jahren Zucht-

haus verurteilt, weil er sich an der Verhinderung einer Ermittlung des Neubaumiers Knoblich in Weißstein beteiligte. Der Antifaschist Bartl wurde zum Tode verurteilt.

Antifaschisten, Arbeiter, Werktätige! Denkt daran! Hinweg mit den Sondergerichten und heraus mit allen Antifaschisten, den proletarisch-politischen Gefangenen.

Leipart und die ADGB.-Führer tolerieren die Schleicher-Diktatur.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter

wollen den Kampf gegen Schleicher. — Sorgt dafür, daß die besten und bewährtesten freigewerkschaftlichen Arbeiter

für die KPD.

gewonnen werden!

Erwerbslose, erhören!

Wir haben unsern Kampf, Proleten, Dem Stadtparlament nun angesetzt. Jedoch die Herrn in weichen Beinen, Die essen, trinken, schlafen, reden, Sie haben wenig nur danach gefragt.

Wir haben Anträge eingebracht. Genosse Jylla hat sie begründet. Die Not zu lindern — die haben gelacht. Doch als der Kommunist ihnen heiß gemacht, Ham die Herren sich mit der Polizei verbündet.

Die Polizei hat euren Vertreter, Proleten, Der für euch gestanden, für euch getritten, Sehr unsanft aus dem Saal gebeten. Eure Forderungen hat zu Drei man getreten, Und ihr — habt's geflitten!!!?

Von SPD. bis Nazi-Partei, Von 2 bis 15 000 Emm Gehalt, Die Herren waren gern dabei, Was kümmert die der Hungerschrei, Sie haben Geld und die „Gewalt“.

„Gewalt“ — daß wir nicht lachen! Wenn sie gerint im Kampfe stehen, Sie alle, welche Hunger haben, Die stemeln, Frauen, Männer, Knaben, Und nicht mehr so mitmachen? Dann mücht ich die „Gewalt“ mal sehen!

Ihr hungert alle in einer Front. Die gleiche Einheitsfront im Kampf, Dann färbt sich rot der Horizont, Bang wird dem Klub, der oben thront, Dann macht ihr all den Herren Dampf.

Die rote Einheitsfront der Tat: Erwerbslose! Betriebsarbeiter! Die ist schon jetzt die neue Saat Für einen freien Sowjetstaat! In roter Einheit kämpft! Kämpft weiter!

Sonn.

Weihnachts-Angebote

Emalle, Haus- und Küchengeräte • „Der billige Laden“ • Adalbertstraße Ecke Paulstraße

| | |
|---|-----------------------------------|
| verzinkte Badewanne, 170 cm | 8,75 Mk. |
| „ Wringwannen mit Abfluß 70 cm 80 cm 90 cm 100 cm | 6.25 6.95 7.95 8.95 Mk. |
| emallierte Eimer 28 cm | 0.55 Mk. |
| emallierte Töpfe (Satz 5 Stck.) | 2.35 Mk. |
| vernickelte Bügeleisen | 4.25 Mk. |
| Gänsebratpfannen | 2 3 4 5 6 7 1/2 l |
| | 2.20 2.85 3.20 3.85 4.30 4.85 Mk. |
| Rodelschlitten | 4.45 Mk. |
| Brotschneidemaschinen 19 cm | 4.75 Mk. |
| Isolierflaschen 0.48 Mk., Küchenlampen | 1.05 Mk. |

Proaktif danken — Proaktif danken!

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, neg. d. Schlachthof
Gneisenauplatz 7, Bohrauer Straße 14
Niederlage: Gräbschener Straße 66
Brockau, Bahnhofstraße 6

Bieten an vom Faß:
das ganze Liter

| | | |
|-----------------------------------|-----|------------|
| Breslauer | 25% | = 1.40 |
| Breslauer | 32% | = 1.90 |
| Weinbrand-Verschnitt | 38% | = 2.40 |
| Weinbrand echt | 38% | = 3.80 |
| Garantiert aus reinem franz. Wein | | |
| Jam.-Rum-Verschnitt | | 2.40, 2.85 |

Weine u. Obstweine v. Faß

das ganze Liter

| | | |
|--------------------------|-----------|------|
| Apfelwein süß | per Liter | 0.55 |
| Heidelbeerwein süß | „ | 0.70 |
| Johannisbeerwein süß | „ | 0.70 |
| Rheinwein zur Bowle | „ | 0.80 |
| Muskateller | „ | 1.00 |
| Deutscher Wermutwein | „ | 0.70 |
| Tarragona | „ | 1.00 |
| Malaga | „ | 1.20 |
| Süßer ungar. Dessertwein | „ | 1.50 |
| Prima Spirit | per Liter | 4.50 |
| Gebirgshimbeersaft | „ | 1.20 |

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Bitter, Leuchtlikör, Bergamotte-Aroma, Ingwer, Kummel, Anisette, Pflaumenlikör u. a.
30% per 1/2 Fl. 2.00 per 1/4 Fl. 1.15
35% per 1/2 Fl. 2.70 per 1/4 Fl. 1.50

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

II. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt billigst
Paul Peterzelt, Scheitniger Straße 23

Görlitz

Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 16

M. & F. Weishaar
Damenhüte
Görlitz, Landskronstraße

Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Ohlau
Motorräder — Fahrräder
Reparatur — Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettel, Ring Nr. 14

Die Hausfrau, die nur mit Gas kocht, bäckt und bügelt, spart viel Zeit und Geld
Bei u. Gasapparate-Ausstellung im Gaswerk Ohlau 9658

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Elise Melde, August-Feige-Str. 4 9537

Brot- und Feinbäckerei 9538
Richard Gebhardt Oderstr. 48

Alle Lebensmittel bei
E. Ulbrich Nachf.
Oderstraße 44 9539

Hausfrauen, eure Fleisch- u. Wurstwaren kauft bei
Walter Metzner, Ring 16 9540

E. Richter, Likörfabrik 9541
Brieger Straße 8-10

Fraustadt
Central-Kaufhaus
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Zweiländerstraße 9/11 30418

Breslau-Zentrum
Radio Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Nikolaistraße 13 30349
Posener

Steltau a.O.
Schuhhaus
Nowak 30283
Verkehrslokal der Werkstätten
Gasthaus 30282
„Zum Kronprinzen“

Reserviert N. 30284

Kaufhaus Müller, Oderstr. 29
Arbeitskleidung für alle Berufe 30285

Reserviert OS. 30281

Bernstadt

Reserviert 9734

Pelsierwitz
Kauft bei Klaus denn er ist billig und gut 9638

Die sparsame Hausfrau kauft ihren Bedarf an Lebensmitteln und Wirtschafts-Artikeln bei
Hans Kern, Quelldorfstraße 37 9655

Großes im Großen

muß zusammen getragen werden für Sie Opfer des Antifaschistischen Kampfes in der Tomburgerstraße. Auf Sie gibt einen für die Winterhilfen.

DER ROTEN HILFE!

Ihr Vorteil ist es, wenn Sie täglich **Hausmote** in 5 I-Verpackung trinken das gesundheitsfördernde Familiengetränk
1 Paket ausreichend für 200 Tassen, nur 40 Pfennig
Bestellans Stark
Waldenburg
Neuenstraße Nr. 25

Frieda Schubert
Lebensmittel
Görlitz
Rauschwalder Str. 11
Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg